

*Im Auftrag des
Präsidenten des Nationalrates*

Antisemitismus in Österreich:

Ein (unvollständiger) Überblick

Andreas Peham

Andreas Peham (DÖW)

ANTISEMITISMUS IN ÖSTERREICH: EIN (UNVOLLSTÄNDIGER) ÜBERBLICK

BEGRIFFSBESTIMMUNG

Der deutsche Historiker Werner Bergmann bestimmt den Antisemitismus als „feindselige Urteile gegen die Juden als Kollektiv, in denen ihnen unveränderlich schlechte Eigenschaften sowie die Absicht zugeschrieben wird, anderen Völkern Schaden zuzufügen. [...] Diese >Schädigung< erfolgt oft verdeckt und kann sich nach Meinung der Antisemiten in allen möglichen Formen äußern: religiös als Christenfeindschaft, wirtschaftlich als unlautere Konkurrenz und Geldgier, politisch als Weltmachstreben, als politische Radikalität oder nationale Illoyalität, kulturell als >Zersetzung< usw.“ (Bergmann 2004: 26) Es handelt sich beim Antisemitismus „nicht bloß um Xenophobie oder religiöse und soziale Vorurteile“, sondern um ein Phänomen *sui generis*, „eine antiliberalen und antimoderne Weltanschauung, die in der >Judenfrage< die Ursache aller sozialen, politischen, religiösen und kulturellen Probleme“ sieht (Bergmann 2002: 6). Allgemein akzeptiert und von vielen Staaten und Institutionen angenommen wurde die Definition der *EU-Grundrechtsagentur* (FRA) bzw. der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA): „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Individuen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.“ Zur notwendigen Illustration sowie Präzisierung gibt die IHRA folgende Beispiele: „Manifestationen [des Antisemitismus, Anm. A. P.] können die Fokussierung auf den Staat Israel sein, wenn er als jüdisches Kollektiv wahrgenommen wird. [...] Antisemitismus beschuldigt Juden häufig der Verschwörung zum Schaden der Menschheit und wird häufig verwendet, um Juden dafür verantwortlich zu machen, >warum Dinge falsch laufen<. Er findet in gesprochenen, geschriebenen und visuellen Formen und Handlungen Ausdruck, und bedient sich düsteren Stereotypen und Zuschreibungen negativer Charaktereigenschaften.“¹

¹ <http://embassies.gov.il/berlin/NewsAndEvents/Pages/IHRA-einigt-sich-auf-Arbeitsdefinition-f%C3%BCr-Antisemitismus.aspx>. Nach dieser Definition ist von einem auf Israel bezogenen Antisemitismus – seiner aktuell wohl häufigsten Artikulationsform – zu sprechen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: „Anschuldigungen gegen die Juden als Volk oder Israel als Staat, sie erfänden den Holocaust oder übertrieben ihn betreffend. Anschuldigungen gegen jüdische Bürger, sie seien Israel oder den angeblichen Prioritäten der Juden weltweit gegenüber loyaler als ihren eigenen Ländern. Das Absprechen des Rechts auf Selbstbestimmung des jüdischen Volkes, beispielsweise durch die Aussage, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Projekt. Das Anwenden von doppelten Standards durch das Einfordern eines Verhaltens, wie es von keiner anderen demokratischen Nation erwartet oder gefordert wird. Die Verwendung von Symbolen und Bildern des klassischen Antisemitismus (z. B. die Juden hätten Jesus getötet oder das Motiv des Ritualmords), um Israel oder Israelis zu charakterisieren. Vergleiche der heutigen israelischen Politik mit der der Nazis. Kollektive Verantwortlichmachung der Juden für die Handlungen des Staates Israel.“

Diesen Definitionen ist eine Fixierung auf die (negativen) *Judenbilder* und die Vernachlässigung der (positiven) Selbstbilder gemeinsam. In antisemitischen Texten seit dem 19. Jahrhundert zeigt sich demgegenüber deutlich, wie das „nationale Selbst- und das antisemitische Fremdbild konstitutiv verbunden sind.“ (Holz 2001: 16) Vor allem ist der Antisemitismus also Gemeinschaftsideologie und als solche durch die Genese und den Charakter der jeweiligen *Gemeinschaft* qualitativ wie quantitativ bestimmt. Die antijüdischen Bilder dienen als Negativfolien des Eigenen, das antisemitische Fremdbild hängt eng mit dem (meist religiösen und/oder nationalistischen) Selbstbild zusammen. Gerade in Österreich stellt der Antisemitismus eine tradierte „kulturelle Größe“ dar. Er ist „nicht etwas, was ein Individuum mehr oder weniger stark aufweist, sondern [...] ein kollektiver Wissensbestand [...], der im Prinzip jedem, der in einer derartigen Kultur aufwächst, zugänglich ist. Auf diesen Wissensbestand wird in bestimmten Situationen zurückgegriffen und in anderen Situationen wird dieser Rückgriff unterlassen: aus strategischen Überlegungen, aus Rücksichtnahme auf konkurrierende oder übergeordnete normative Verpflichtungen oder aus Gründen, die mit dem Selbstbild, das man repräsentieren will, in Zusammenhang stehen.“ (Fleck/Müller 1992: 512 ff.)

Der Antisemitismus ist daneben nur unter Berücksichtigung seiner Kontinuität, der Anhäufung von Feindschaft, aber auch von schlechtem Gewissen angesichts antisemitischer Diskriminierung und Verfolgung richtig zu erklären und zu bestimmen. Das soll im Folgenden am österreichischen Beispiel verdeutlicht werden. Diesem Versuch liegt ein generisches Verständnis des Antisemitismus zu Grunde, das seine Erkenntnismöglichkeiten nicht durch starre Periodisierung und Überbetonung der Brüche voreilig einschränken will. Nach einem solchen Verständnis beginnt sich die (antike) Judenfeindschaft mit dem Vorwurf des *Gottesmordes* zum (christlichen) Antisemitismus auszuweiten. Dieser Vorwurf bildet das „Fundament für alle späteren antisemitischen Vorurteile und Stereotypen“ (Klamper 2008: 33) und gleichzeitig den „sich in verschiedenen und jeweils zeitgemäßen Transformationen“ fortschreibenden „Gründungsmythos einer ganzen Zivilisation“ (Diner 2004: 390). Mit der vom Gottesmordvorwurf abgeleiteten *jüdischen Macht* und Verschwörungsneigung ist bereits im 4. Jahrhundert n. u. Z. das definitorische Minimum erfüllt, um von Antisemitismus sprechen zu können: Zur Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden gesellte sich das *schimärische* oder wahnhaft irrationale Element, dessen Existenz Gavin Langmuir (1987) zu Recht für notwendig hält, um von Antisemitismus sprechen zu können.²

Dieses Verständnis steht einer Betrachtungsweise entgegen, die den Antisemitismus erst im 19. Jahrhundert und oft erst mit dem Aufkommen des Begriffes und der entsprechenden politischen Bewegung in den 1870er Jahren datiert. Aber es lässt sich „kein[...] zwingende[r] Grund“ dafür finden, „den vergleichswisen jungen Begriff nicht auf Erscheinungen anwenden zu wollen, die älter sind als er selbst“. (Greive 1983: VIII)

² Im Gegensatz zu Langmuir zähle ich jedoch schon den christlichen Gottesmordvorwurf (und nicht erst die daran anknüpfenden Ritualmordbeschuldigungen ab dem 13. Jahrhundert) dem Schimärischen zu – was bedeutet, das Gründungsdatum des Antisemitismus noch einmal um fast 1.000 Jahre vorzuverlegen.

Tatsächlich gab es etwa keinen qualitativen Sprung vom religiösen zum modernen Antisemitismus, sondern fließende Übergänge, Radikalisierungen und vor allem „doppelte Schaltkreise“ (Zumbini 2003)³. Auch sind Jüdinnen und Juden schon lange vor ihrer Denunziation als *Rasse* im 19. Jahrhundert als Kollektiv verfolgt und ermordet worden. Schließlich konnte nur auf der Basis des jahrhundertealten christlichen Antisemitismus „die, in einem unmittelbaren Sinn zweifelsohne aus dem Rassenantisemitismus abgeleitete Judenpolitik in der >Ostmark< in Form eines eigendynamischen Radikalisierungsprozesses ablaufen“. (Botz 2000: 44)

Jedoch wäre es bei aller Kontinuität (vor allem der Stereotype) falsch, den Antisemitismus als sich ewig in gleichen Formen rationalisierenden Hass auf Jüdinnen und Juden zu verstehen. Vielmehr wird er seit jeher an die jeweiligen Anforderungen und Gegebenheiten angepasst. Entscheidend für die quantitativen wie qualitativen Ausformungen und Folgen des Antisemitismus sind die (politischen, sozialen, ideologischen usw.) Rahmenbedingungen. Gerade der Nazismus und die Shoah zeigen, wie sehr diese Bedingungen oder äußeren Faktoren maßgeblich dafür verantwortlich sind, ob und in welcher Form der Hass auf Jüdinnen und Juden in ihre Verfolgung umschlagen kann. Nach Auschwitz hatte der offene und politische Antisemitismus auf der Hauptbühne ausgespielt, er wurde – außer in rechtsextremen und islamistischen Milieus (Peham 2012a) – von einem „Antisemitismus ohne [bekennende, Anm. A. P.] Antisemiten“ (Bernd Marin) abgelöst. Neben seiner Verdrängung auf die (private) „Hinterbühne“ (Fleck/Müller 1994) und in die Latenz kennzeichnet den nachfaschistischen Antisemitismus sein Zerfall. Aus einem ideologisierten und fest geschlossenen Massenwahn⁴ wurden einzelne Ressentiments – die sich jedoch unter bestimmten Bedingungen rasch wieder zu einer solchen sozialen Pathologie verdichten können. Neben der Möglichkeit der Codierung des Antisemitismus und seiner Amalgamierung mit anderen Ressentiments nannte Marin schon 1976 als eine seiner weiteren „Entwicklungsmöglichkeiten“ die „Herausbildung einer Art >frei flottierenden< Irrationalismus⁵, [...] kristallisiert um einen Antiinstitutionalismus. Darunter sei die Umwandlung dumpfer Klassenressentiments [...] in einen schleichenden Vertrauensschwund, diffuses und subkutanes Misstrauen und zeitweise eruptive Feindseligkeit gegen staatliche Autorität und entfremdete politische Institutionen (>die Bürokratie<, >die Apparate<) verstanden.“ (Marin 1976: 402) Jener „Komplex zukünftiger Vorurteile, die eine beträchtliche Absorption antisemitischer Teilstereotypen ermöglichen“, betrifft dementsprechend „das Personal politischer und administrativer Herrschaftspositionen“ (Marin 1977: 793). Die „Bürokraten“ und „Politiker“ nannte schon Adorno den „gerade greifbaren Ersatz für das eigentliche Hassobjekt, die Juden“ (Adorno 1950: 123). Auch wenn die gegenwärtige Stärke dieses politischen Irrationalismus und Antiinstitutionalismus nicht gänzlich auf antisemitische Traditionsbestände zurückzuführen ist, scheinen diese doch die Erfolge autoritär populistischer Agitation begünstigt zu haben.

³ Unter „doppeltem Schaltkreis“ versteht Zumbini verschiedene Diskurse, die sich überlagern und so gegenseitig verstärken. Im Falle des Antisemitismus sind als solche Diskurse etwa Antiliberalismus, Nationalismus, politisches Christentum und Rassismus zu nennen.

⁴ In sozialpsychologischer Betrachtungsweise wurde aus dem Antisemitismus als Massenwahn nach 1945 eine „kollektive Neurose“ (Marin 1979: 143).

⁵ Unter „frei flottierendem Irrationalismus“ versteht Marin „eine institutionell ungebundene, sozial nicht organisierte, kulturell oder ideologisch kaum geformte, >naturwüchsige< Tendenz zu verbreiteten und massiven Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen und Bewusstseinsfragmentierungen“ (Marin 1977: 770).

Christliche Judenregime

Erste Zeugnisse für jüdisches Leben auf dem Boden des heutigen Österreichs stammen aus dem Ende des 10. Jahrhunderts. 1204 wurde eine Synagoge in Wien erstmals urkundlich erwähnt. Von der antisemitischen Raserei während der Kreuzzüge blieben die jüdischen Gemeinden dank des Schutzes durch die weltliche Obrigkeit verschont. Die ersten Pogrome datieren mit 1338, als in Pulkau und Wolfsberg⁶ die Beschuldigung, Juden hätten eine Hostie geschändet, zu Mord und Vertreibung motivierte. Zu ersten großflächigen Vertreibungen kam es 1420/21, als den Juden neben neuerlicher *Hostienschändung* vorgeworfen wurde, mit den verfeindeten Hussiten kollaboriert zu haben (Weinzierl 1995: 133). An die als *Wiener Gesera* in die Geschichte eingegangene Vernichtung der jüdischen Gemeinden – rund 200 Juden und Jüdinnen wurden damals ermordet – erinnert bis heute eine (lateinische) Inschrift am Wiener Judenplatz: „Durch die Fluten des Jordan wurden die Leiber von Schmutz und Übel gereinigt. Alles weicht, was verborgen ist und sündhaft. So erhob sich 1421 die Flamme des Hasses, wütete durch die ganze Stadt und sühnte die furchtbaren Verbrechen der Hebräerhunde. Wie damals die Welt durch die Sintflut gereinigt wurde, so sind durch das Wüten des Feuers alle Strafen verbüßt.“⁷

Die Verfolgungen ebten erst Mitte des 15. Jahrhunderts wieder ab, aber schon 1496 folgen neuerliche Vertreibungen, diesmal aus der Steiermark und aus Kärnten. 1551 mussten Jüdinnen und Juden auch in Österreich den *gelben Fleck* tragen, sobald sie sich außerhalb ihrer Siedlungen (Ghettos, Judenviertel) bewegten. 1624 erhielten sie von Kaiser Ferdinand das Recht, sich im heutigen Gebiet der Leopoldstadt anzusiedeln, aber schon 1670 wurden sie neuerlich vertrieben, wobei diesmal sie mit den *Türken* unter einer Decke stecken sollten. Unmittelbar motiviert war die Vertreibung durch den religiösen Wahn des Kaisers, der von seinem Beichtvater überzeugt worden war, dass eine damalige Unglücksserie als *göttlicher Fingerzeig* zu verstehen sei, gegen die Jüdinnen und Juden vorzugehen (Strauss 1985: 74). Noch Jahre später hetzte der Wiener Hofprediger Abraham a Sancta Clara gegen die *Juden*. Bei ihm ist die Verfolgungsangst deutlich durch das schlechte Gewissen wegen jahrhundertelanger antisemitischer Verfolgungen motiviert: „Nach dem Satan haben die Christen keinen größeren Feind als die Juden. [...] Sie beten jeden Tag viele Male, dass Gott uns durch Pest, Hunger und Krieg zerstören möge, ja, dass alle Wesen und Geschöpfe sich mit ihnen gegen die Christen erheben mögen.“ (Zit. n. Wistrich 2003: 23)

Als Markstein der Radikalisierung des Antisemitismus gilt die Hetze des katholischen Theologen August Rohling. 1871 veröffentlichte Rohling die Schrift *Der Talmudjude*, in welcher er den Nachweis zu erbringen

⁶ Die Wolfsberger Hostienschändung wurde bis 1994 im örtlichen (offiziellen) Stadtführer erwähnt – als historische Realität und nicht als Legende, die zur Ermordung von 70 Jüdinnen und Juden geführt hat (Klamper 2008: 37).

⁷ <http://www.planet-vienna.com/spots/Judenplatz/judenplatz.htm>

versuchte, dass *Juden* die Ermordung von *Christen* nicht nur erlaubt, sondern sogar vorgeschrieben sei. Gleiches gelte für den jüdischen Griff nach der „Herrschaft über das Universum“ (Rohling 1871: 61) und die „Wucherei“ (ebd.). Rohling nennt die *Juden* die „Könige des Kapitals“, „Fürsten des Handels“, „Beherrscher der Presse“ (ebd.: 3) und „Prediger der Unzucht und der Revolution“ (ebd.: 62). Sie würden nach Rohling (ebd.: 42) von den Rabbinern „zur Wollust“ erzogen und mit Vorliebe „Christinnen schänden“. Wie so oft ist auch Rohlings Antisemitismus sexuell überdeterminiert, seine „sexuellen Gewaltfantasien“ traten mit jeder Neuauflage des *Talmudjuden* „immer offener zutage“, und es ist davon auszugehen, dass „seine Gewaltpornographie der Verbreitung seiner Pamphlete eher förderlich als abträglich war“ (Grundmann 2015: 50). Schon im *Talmudjuden* findet sich die als Warnung verkleidete Drohung, dass der Tag komme, „wo das hoch sich bäumende semitische Ross zu Boden geworfen, wo die Presselümmelei und der Geldschwindel im morgenländischen Kaftan zur Abrechnung herangezogen werden und der lange angesammelte Zündstoff Feuer fangen muss.“ (Rohling 1871: 5) Der Vernichtungswunsch schlägt auch in Formulierungen wie „Geschmeiß“ und Behauptungen, die *Juden* seien „aus Satan geboren und zu ihm wandernd“ (ebd.: 8), durch. Alles in allem erscheint Rohlings „Antitalmudismus keineswegs nur als eine Reproduktion tradierter religiöser Stereotype [...]. Vielmehr adaptierte Rohling die religiösen Stereotype und Topoi des christlichen Antijudaismus an die Bedingungen der Moderne und die politische Situation des Kulturkampfes und machte den christlichen Antitalmudismus dadurch anschlussfähig für den biologistisch-rassistischen Antisemitismus.“ (Grundmann 2015: 34)

Rohlings *Talmudjude* war wie viele andere antisemitische Verdikte vor und nach ihm doppelt gebunden: Er verband religiöse und säkulare Stereotypen und Ressentiments, was seine Wirkkraft in unterschiedlichsten Milieus noch verstärkte. Sein Machwerk war laut einem Gerichtsgutachten von 1890 dementsprechend „bis in die kleinste Bauernhütte und Arbeiterwohnung“ verbreitet (Greive 1983: 57). Tatsächlich hetzte der Agitator Franz Holubek 1882 in Wien unter Bezug auf Rohling: „Beurteilt, ob ein solches Volk inmitten einer zivilisierten Gesellschaft noch eine Existenzberechtigung hat! Ich will Euch nicht aufreizen, aber hört und fühlt! Dieses Buch, der Talmud! Wisst Ihr, was in diesem Buch steht? Die Wahrheit! Und wisst Ihr, wie Ihr in diesem Buch bezeichnet seid? Als eine Horde von Schweinen, Hunden und Eseln!“ (Zit. n. Weinzierl 1995: 134) Holubek wurde von der jüdischen Gemeinde vor Gericht gebracht, wo er sich auf Rohling berief – und freigesprochen wurde.

Den entscheidenden Schlag versetzte Rohling der Wiener Rabbiner Joseph S. Bloch. Bloch, der schon den Hetzpriester Joseph Deckert (*Vier Tiroler Kinder, Opfer des chassidischen Fanatismus*)⁸ vor Gericht besiegt hatte, provozierte Rohling öffentlich, in der Hoffnung, dass dieser ihn vor Gericht zerrette. Als Bloch Rohling wegen seiner Aussage im Prozess zum Ritualmord in Tiszaeszlár (1882/83) des Meineides bezichtigte, musste dieser ihn schließlich klagen. Kurz vor dem Prozess zog Rohling seine Klage jedoch zurück, womit er selbst das Urteil über sich und die Seinen gesprochen hatte. Derart blamiert, verlor Rohling seine Bedeu-

⁸ Erst 1990 wurde der Pfarrer-Deckert-Platz in Wien 18 umbenannt.

fung für die antisemitische Bewegung und versank bald darauf in der Versenkung. Jedoch war es ihm gelungen, „die Ritualmordbeschuldigung aus der Obskurität des Volksaberglaubens hinaus“ zu führen (Rohrbacher/Schmidt 1991: 345).

Die in der Habsburgermonarchie besonders lange kursierenden Ritualmordgerüchte nahmen in den 1640er Jahren einen Ausgang von den Schriften des Klosterarztes Ippolito Guarioni, der einen mehr als 150 Jahre zurückliegenden *Märtyrertod* des Tiroler Jungen Andreas Oxner aus Rinn behauptete. Obwohl es in diesem Fall nicht einmal einen Toten oder eine entsprechende Anklage gegeben hatte, erkannte der Vatikan den im Volksmund *Anderl* genannten Jungen 1755 als *Märtyrer* an (Hauer 1985). Die Gebrüder Grimm nahmen 1816 die *Anderl*-Legende in ihre Sammlung *Deutscher Sagen* auf, und noch bis 1954 empörten sich die ZuschauerInnen der in Rinn aufgeführten Volksschauspiele, die auf Guarionis Hetzschriften basierten, über die *jüdische Mordtat*. Der Tiroler Bischof Paulus Rusch verwies damals in seiner Rechtfertigung der Ritualmordbeschuldigungen und ihrer szenischen Darstellung auf das dahinter liegende Motiv des *Gottesmordes*: „Was [...] die Ritualmorde [...] betrifft, so sind die Historiker hierüber verschiedener Ansicht. [...] Im Gesamtzusammenhang der Dinge ist auf alle Fälle zu beachten, dass es immerhin die Juden waren, die unseren Herrn Jesus Christus gekreuzigt haben. Weil sie also zur NS-Zeit zu Unrecht verfolgt wurden, können sie sich jetzt nicht plötzlich gerieren, als ob sie in der Geschichte überhaupt nie ein Unrecht getan hätten.“ (Zit. n. Rohrbacher/Schmidt 1991: 287) Die alljährlichen offiziellen Wallfahrten fanden erst 1994 mit dem definitiven Verbot des Kultes rund um den *Judenstein* durch den Innsbrucker Bischof Reinhold Stecher ein Ende. Gegen den Willen der Amtskirche pilgern alljährlich im Juli rund 300 Unentwegte aber bis heute nach Rinn (Wallinger 2014). Und noch 1997 hieß es im FPÖ-nahen Wochenblatt *Zur Zeit*, dass es „eine Verfälschung der Geschichte [wäre], etwa bestimmte Ritualmorde zu mittelalterlicher Zeit dem phantasiebestimmten >Hass des Nationalsozialismus< zuzuschreiben. Auch Verbrechen von jüdischen Menschen an Christen sind beklagenswerte Geschichte, an Kindern, wie etwa dem seligen Märtyrerkind Anderl [...], wie an erwachsenen Menschen zu vorösterlicher Zeit.“⁹

Emanzipation und antisemitische Reaktion

Bei aller kulturellen und ideologischen Rückständigkeit: Die ökonomische und politische Modernisierung war auf Dauer nicht aufzuhalten, und so setzte mit Christian K. W. von Dohms Schrift *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden* (1781) die Emanzipationsdebatte auch im deutschsprachigen Raum voll ein. Dohm erhob darin die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung im Geiste aufklärerischer Erziehungshoffnungen. Seine Schrift inspirierte das *Toleranzpatent* von Kaiser Joseph II. (1782), jedoch auch den Widerstand der

⁹ <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/juli-1998/anzeige-gegen-prantner-zurueckgelegt>

Kirchen und der um ihre politischen Vorrechte und sich vor wirtschaftliche Konkurrenz fürchtenden Bürger und Zünfte.

Zumeist knüpften *deutsche* Aufklärer und Liberale an die Gleichberechtigung die Hoffnung auf den Untergang des Judentums, nur wenige waren bereit, das Fortbestehen einer religiösen Minderheit zu akzeptieren. Zudem wurde das Judentum nicht nur von seinen erklärten Feinden immer weniger als Religionsgemeinschaft und vielmehr als (feindliche) *Nation* oder „Staat im Staat“ (Johann G. Fichte) gesehen. Der völkische¹⁰ oder Abstammungsnationalismus transformierte den religiösen Gegensatz in einen nationalen.

Joseph II. erließ das *Toleranzpatent für die Juden in Wien und Niederösterreich* nicht aus Menschenliebe, vielmehr war es neben der Erziehungshoffnung durch ökonomische und machtstrategische Überlegungen motiviert. Zudem fielen die Verbesserungen gering aus, es dominierte weiterhin Diskriminierung, etwa im Verbot der Gründung einer Gemeinde auf Wiener Boden. Schließlich wurden manche Reformen noch während der Regentschaft von Joseph II. wieder rückgängig gemacht. Dennoch bleibt als Verdienst der josephinischen Reformen, die „aus den Konflikten der Feudalgesellschaft entspringenden Judenverfolgungen und -austreibungen [...] beendet und überwunden zu haben“. (Häusler: 87) Der mit dem Toleranzpatent beginnende zögerliche Emanzipationsprozess fand 1848 mit der revolutionären *Pillersdorfschen Verfassung*¹¹ einen ersten Höhepunkt, wurde aber erst 1867 mit der *Dezemberverfassung* abgeschlossen. Endlich war Juden und Jüdinnen der ungehinderte Aufenthalt in ganz Österreich und die freie Religionsausübung gestattet.¹² Jedoch verstärkten sich mit der formalen Gleichberechtigung (zuerst bei den Anhängern der alten Ordnung) die Anstrengungen, Jüdinnen und Juden wieder außerhalb der *Gemeinschaft* zu stellen. Die weiterhin in christlichen Gilden und Zünften organisierten Berufe wehrten die aufkommende jüdische Konkurrenz nach Kräften und mittels Antisemitismus ab. Das konservative Blatt *Vaterland* beklagte 1871: „Alle Gesetze, welche seinem Wucher- und Spekulationssinn hinderlich im Wege standen mussten [...] aufgehoben, alle Schranken, welche das christliche Volk schützten, niedergerissen [...] werden. Der Arbeiter- und Handwerksstand wandert in die Fabrik, der Grundbesitz in die Hände, die Häuser in das Eigentum und das Vermögen der Völker in die Taschen der Juden.“ (Zit. n. ebd.: 110)

¹⁰ Die Völkischen bildeten eine extremistische Untergruppe des Deutschnationalismus, den sie Ende des 19. Jahrhundert zu dominieren begannen.

¹¹ Mit der Niederlage der Revolution war auch die teilweise Rücknahme der Gleichberechtigung verbunden. So wurde Juden 1853 wie der der Grunderwerb verboten, zwei Jahre später auch das Notariat und der Lehrberuf.

¹² In Tirol, Salzburg und der Steiermark war Jüdinnen und Juden bis Mitte des 19. Jahrhunderts eine Ansiedlung offiziell untersagt, in der Folge bildeten hier sich Zentren des rassistischen Antisemitismus – ohne Jüdinnen/Juden. Noch am Vorabend der Revolution war auch Wien mit Ausnahme einer kleinen Anzahl von *Toleranzjuden* eine verbotene Stadt für Jüdinnen und Juden. Innerhalb von fünfzig Jahren stieg ihr Anteil an der Wohnbevölkerung auf über zehn Prozent, womit Wien um die Jahrhundertwende die drittgrößte jüdische Gemeinde Europas war.

Mit dem Unsichtbarwerden der Juden und Jüdinnen und dem gleichzeitigen immer Abstrakterwerden von Herrschaft verwandelte sich der Antisemitismus, der nicht nur säkularisiert wurde, sondern auch „systemartigen Charakter“ bekam: „Er beansprucht, die Welt zu erklären.“ (Postone 1979: 179) Der antisemitische Jargon wird immer stärker zu einem des Verdachtes. Der/die AntisemitIn sucht überall nach dessen Bestätigung, ist nicht mehr fähig, anderes wahrzunehmen. Das formale Aufgehen der Jüdinnen und Juden in der bürgerlichen Gesellschaft macht diese zu geeigneten Sündenböcken oder Objekten der antisemitischen Willkür: Da *Juden* als solche nirgends mehr dingfest zu machen sind, wird ihnen die Schuld an allem Negativen in die Schuhe geschoben. Politisch zielt der Antisemitismus zunächst auf die Wiedersichtbarmachung der Juden und Jüdinnen und das Rückgängigmachen der Emanzipation. In der kruden *Cui-bono?*-Logik des Antisemitismus werden die Juden und Jüdinnen als scheinbare Profiteure der kapitalistischen Moderne (durch die Befreiung aus dem Ghetto) zu deren Urhebern. Im nächsten Schritt werden sie für alle Verwerfungen und Krisen der Modernisierung haftbar gemacht. Im Wandel von unmittelbaren in vermittelte Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse wird ihnen die alte Sündenbockrolle neu auferlegt: „Der Formwechsel von Herrschaft [...] bringt die Juden in die fatale Rolle, als identifizierbare Gruppe den Platz der Anonymität auszufüllen.“ (Claussen 1987: 111)¹³

Von modernem (politischem) Antisemitismus kann in Österreich ab dem Ende des Vormärz gesprochen werden, als die Reaktion versuchte, das Kleinbürgertum mittels Judenhetze aus dem Lager der Revolution zu holen – was erst in den 1870er Jahren zu gelingen begann. Seine Subjekte waren (niedere) Kleriker, Militärs und Adelige, die um ihre Vorrechte bangten und ihre Ängste zu denen der Kleinbürger machten. Diese dynamisierende Verbindung von sozialer Angst vor Verarmung und neurotischer Angst vor den *Juden* kennzeichnet von nun an den Antisemitismus. In Krisenzeiten wie 1873 oder 1929 wird diese Angst zur Panik und diese zum Hass.

Dass dem Antisemitismus in den 1870er Jahren eine Massenbasis erwuchs, war maßgeblich das Verdienst ganzer Kohorten ehemaliger Liberaler und Demokraten, mehrheitlich Journalisten und Akademiker, die ins Lager der Reaktion wechselten und diesen Verrat in Form des Antisemitismus, allem voran in der Gleichsetzung von *Jude* und *Revolution*, verarbeiteten. Der moderne Antisemitismus stellte gerade in Österreich eine Reaktion auf den gescheiterten Revolutionsversuch von 1848 dar: Einerseits wurde er von katholischen Konservativen wie Sebastian Brunner (*Kirchenzeitung*¹⁴) zur Denunziation der Freiheitsbewegung verwendet, andererseits diente er ehemaligen Revolutionären, die sich dem alten Regime wieder unterwarfen,

¹³ Dieser „Formwechsel“ alleine vermag nicht zu erklären, warum ausgerechnet Juden den entstandenen „Platz der Anonymität“ ausfüllen mussten. Das erlaubt erst die Berücksichtigung der langen Tradierung antisemitischer Stereotypie, allen voran der Zuschreibung von Macht, welche die Juden zur Platzhalterfunktion für Herrschaft prädestinierte.

¹⁴ Nach und neben der *Kirchenzeitung* und dem *Vaterland* wurden das *Deutsche Volksblatt* und schließlich die *Reichspost* zu den Leitmedien der antisemitischen Hetze. Wie Lueger mit stolzer Freude bekundete, feuerten diese Organe des wehrhaften Christentums mit Kanonen „groß und klein auf die Juden und Heiden, dass sie alle davonlaufen“. (Zit. n. Häusler 1974: 117)

zur Schuldprojektion (*Rädelsführertheorie*). Der Verrat der vormaligen demokratisch universalistischen Ideale trug wesentlich zum Wachsen und zur Radikalisierung des Antisemitismus bei, insbesondere in den deutschvölkischen Verbindungen.

Im österreichischen Bürgertum verband sich ökonomische und politische Schwäche mit ideologischer Rückständigkeit – dafür bezahlen mussten Jüdinnen und Juden. Die fatale Verknüpfung des eigenen sozialen und politischen Schicksals, letztendlich des eigenen Lebens mit dem Liberalismus beschrieb schon Joseph S. Bloch (1886): „Dem Juden war der Liberalismus mehr als eine Doktrin, ein bequemes Prinzip und eine populäre Tagesmeinung; er war sein geistiges Asyl, sein schützender Port nach tausendjähriger Heimatlosigkeit, die endliche Erfüllung der vergeblichen Sehnsucht seiner Ahnen, sein Freiheitsbrief nach einer Knechtschaft namenloser Härte und Schmach, seine Schutzgöttin, seine Herzenskönigin, welcher er diente mit der ganzen Glut seiner Seele, für die er stritt auf den Barrikaden und in Volksversammlungen, in dem Parlament, in der Literatur und in der Tagespresse; ihretwegen ertrug er willig den Zorn der Mächtigen; selbst ihre tausend kleinen Launen und Fehltritte, ihre gelegentliche Untreue und das künftige verdächtige Liebäugeln mit seinen Feinden verzieh er gern der schönen Sünderin. Eines Morgens erwachte er, schrille, gehässige Töne erschreckten sein Ohr, gleich dem Gebrüll einer Bestie; er blickte um sich, und seine angebetete Schutzgöttin lag entseelt auf dem Boden.“ (Zit. n. Häusler 1974: 109) Es würde aber zu kurz greifen, die Fusion von Antiliberalismus und Antisemitismus mit der politischen (liberalen) Orientierung weiter Teile des jüdischen (Groß-)Bürgertums zu erklären, wie dies oft geschieht. Vielmehr erfolgte die Identifizierung von Liberalismus und *Juden* auf Basis tradierter Stereotype und Wahrnehmungen. Das bedrohliche Unbegriffene und die sozialen und politischen Besitzstände Gefährdende wurde, wie bis dahin fast jede vermeintliche Bedrohung des Christentums, als *jüdisch* denunziert.

Gegen Ende des 19. Jahrhundert wurde der Antisemitismus zum „kulturellen Code“ (Volkov 1978) für ein um das Primat des Kollektivsubjekts *Volk* oder *Gemeinschaft* angeordnetes Bündel von Anti-Haltungen: Antiegalitarismus, Antiliberalismus, Antimodernismus, Antisozialismus, Antiintellektualismus, Antifeminismus usw. Ihre Dynamik bekamen solche Haltungen maßgeblich aus der Verdichtung zur umfassenden Weltanschauung. Diese ist beherrscht von den primären Gegensatzpaaren „Opfer versus Täter¹⁵, Gemeinschaft versus Gesellschaft, Identität versus Nicht-Identität“ (Holz 2001: 24). Die unbegriffenen und darum umso bedrohlicher wahrgenommenen gesellschaftlichen Entwicklungen stellten sich in der „fromm-biederer Anschauungsweise“ des Antisemitismus als das Werk einer teuflischen Macht dar“ (Sterling 1969: 116). Dennoch würde es zu kurz greifen, diese idiosynkratischen Reaktionsweisen auf die Modernisierung als reaktionär abzutun. Dem Antisemitismus ist bei allem Antimodernismus ein moderner, aktivistischer

¹⁵ Die Umkehr von Täter und Opfer gehört in den definitorischen Kern des Antisemitismus, der sich seit jeher als Notwehrreaktion darzustellen versucht. So nannte ihn der deutschnationale Abgeordnete Sepp Straffner eine „Bewegung[.] zur Abwehr der Übergriffe einer fremden Rasse auf das deutsche Volk. [...] Wir können heute nicht mehr von Judenverfolgung sprechen, wir haben auf europäischem Boden Beispiele genug für Arierverfolgungen.“ (Zit. n. Stoppacher 2017: 57)

(gegenrevolutionärer) Zug nicht abzusprechen, und so war es nicht nur Selbstdarstellung, wenn etwa die *Deutsche Arbeiterpartei Österreichs* 1913 von sich behauptete, „mit aller Schärfe [...] die rückschrittlichen Bestrebungen, die mittelalterlichen, kirchlichen und kapitalistischen Vorrechte“ (zit. n. Berchtold 1967: 226) zu bekämpfen.

„Der österreichische Antisemitismus ist [...] eine Art nationale Tradition.“ (Pauley 1993: 400) Angesichts seiner quantitativen und vor allem qualitativen Besonderheiten scheint es berechtigt, von einem originär *österreichischen* Antisemitismus zu sprechen. Begünstigt wurde er unter anderem von der überlangen Vorherrschaft der katholischen Kirche, der verspäteten ökonomischen und sozialen Entwicklung und der anhaltend bäuerlichen und kleinstädtischen Bevölkerungsstruktur sowie von der Schwäche des Liberalismus. Dass „Antisemiten [...] in Österreich vor 1914 mehr in ihrem Element [waren] als [...] in Deutschland“ (Nonn 2008: 40), ist in der Forschung heute unbestritten. Auch wirkten sie auf den Antisemitismus in Deutschland zurück – als Avantgarde in dessen Radikalisierungsprozessen (s. u.). Der nazistische Erlösungs- und Vernichtungsantisemitismus entsprang der „Übertragung jenes deutsch-österreichischen Studentenantisemitismus auf das ganze Deutsche Reich“ (Arnold Zweig 1927: 144). Auch der britische Historiker Peter Pulzer (2004: 249) betont, dass – „wie meist bei gemeinsamen deutsch-österreichischen Unternehmungen“ – der „Hauptantrieb“ zur Radikalisierung des Antisemitismus „von Österreich aus[ging]“.

Antisemitische Bewegungen und Parteien

Mit der Senkung des Zensus auf fünf Gulden und dem Eintritt des Kleinbürgertums in das Elektorat war 1881 die Voraussetzung für eine antisemitische (antiliberalen) Bewegung und Partei geschaffen. Zunächst war diese personell und ideologisch geeint, in den späten 1880er Jahren spaltete sich der Antisemitismus in einen völkischen und einen christlichsozialen Flügel. Aber auch danach blieben die Grenzen zwischen den beiden Varianten fließend. Dementsprechend lange hielten die Koalitionen wie der *Antisemitenbund* (Pape 2012)¹⁶ oder die *Deutsche Gemeinschaft* (Aicher 2012)¹⁷.

¹⁶ Der 1919 vom Christlichsozialen Anton Jerzabek gegründete Antisemitenbund bildete in ganz Österreich Ortsgruppen aus und nahm viele nazistische Positionen vorweg, etwa durch Aufrufe, jüdische Geschäfte zu boykottieren. In die Vernichtung wies auch das Blatt des Antisemitenbundes, *Der eiserne Besen*, der als „Vorläufer“ des NS-Hetzblattes *Der Stürmer* zu betrachten ist (Pape 2012: 33). Der Deutschnationale Robert Körber lenkte den Bund mehr und mehr in nazistisches Fahrwasser, sodass er 1933 verboten wurde.

¹⁷ Der antisemitische Geheimbund Deutsche Gemeinschaft wurde 1919 von katholischen und völkischen Korporierten gegründet und von höchsten Klerikern gefördert. Ihm gehörten die wichtigsten konservativen Vertreter der Ersten Republik an, darunter etwa Engelbert Dollfuß oder Emmerich Czermak. Gleiches gilt für die Universitäten, wo Antisemiten die Bestellungen jüdischer und/oder sozialistischer Professoren hintertrieben (Taschwer 2015). Dominiert wurde die Gemeinschaft rasch von Nationalsozialisten wie Arthur Seyß-Inquart, was 1930 nach Konflikten zwischen den beiden Lagern zur Auflösung führte.

Nach den ersten antisemitischen *Bauernbünden* etablierte sich 1881 mit dem *Österreichischen Reformverein* eine weitere Interessengruppe auf christlich antisemitischer und antiliberaler Grundlage. Dieser vereinigte zumindest kurzfristig die „drei Hauptströme des Antisemitismus – Antikapitalismus der Handwerker, Katholische Soziallehre und integraler Deutschnationalismus“ (Whiteside 1981: 81), bevor sich Letzterer unter Georg Ritter von Schönerer zu verselbständigen und zu radikalieren begann. Als antisemitischer „Wanderzirkus“ zog der Verein durch die Vorstädte und betrieb dabei regen Handel mit antisemitischem Nippes aller Art, von Bierkrügen mit der Aufschrift „Juden hinaus!“ über Figuren, die vor dem „jüdischen Zauber“ schützen sollten, bis zu Gedenkmünzen mit Aufschriften wie die folgende: „Stadt Wien, von den Türken befreit im Jahre 1683 – Aber von den Juden erobert im Jahre 1883“ (zit. n. Wladika 2005: 141).

Die Stärke des Antisemitismus in Österreich zur Wende ins 20. Jahrhundert ergab sich auch aus seiner Einigkeit, während das antisemitische Lager in Deutschland rasch wieder in zahllose Fraktionen zerfiel und seine Parlamentssitze nach und nach verlor. Jedoch erschöpfte sich der Antisemitismus in Hetze und Propaganda, ein entsprechendes Regierungshandeln blieb in der Monarchie aus. Erst in den 1920er Jahren kommt es zu ersten Diskriminierungen wie Zugangsbeschränkungen an Universitäten, auch gegen die *Ostjuden* werden erste Maßnahmen ergriffen, zu den geplanten Deportationen kam es aufgrund ausländischen Drucks jedoch nicht.

Spätestens mit der Niederlage von 1918 und dem Verlust der alten Ordnung setzte ein Prozess ein, durch den sich der Antisemitismus in Österreich (und Deutschland) deutlich von den Entwicklungen in anderen europäischen Ländern zu unterscheiden begann. Es war die Saat der extremen (völkischen) Rechten der 1880er und 1890er Jahre, die zu Beginn der Ersten Republik aufzugehen begann: Die Juden wurden nun „als >Gegenrasse< definiert, mit der ein >Existenzkampf<, ein Kampf >auf Leben und Tod<, geführt werden müsse. Damit war eine Position erreicht, von der aus es nur noch wenige Schritte bis zum systematisch angelegten Völkermord waren.“ (Rürup 2004: 96)

Christlichsoziale

Die von Sebastian Brunner in der *Kirchenzeitung* begonnene Gleichsetzung von *Kapitalismus* und *Judentum* wurde ab 1876 von Carl von Vogelsang im *Vaterland* weitergetrieben. Vogelsang machte den Antisemitismus zum integralen Bestandteil der Ideologie der Christlichsozialen, welchen Karl Lueger 1887 beitrug. Für die Gemeinderatswahl 1888 verbanden sich die Christlichsozialen und die Deutschnationalen zu einer Wahlgemeinschaft, der *Antisemitenliga*. Noch im selben Jahr wegen Hausfriedensbruch verurteilt, schied Schönerer aus, und Lueger wurde nun zum alleinigen Führer der antisemitischen Bewegung. Als Lueger

1897 zum Bürgermeister gewählt wurde und die Christlichsozialen vor kommunale und staaterhaltende Aufgaben gestellt wurden, zwang sie die Staatsräson, sich öffentlich vom *Radauantisemitismus* zu distanzieren. Luegers instrumentalisierter Antisemitismus, wie er sich in seinem „Wer ein Jud ist, das bestimme ich“ äußerte, kann aber „nicht wohlwollend als >mildere< Form eines >österreichischen< Antisemitismus gegenüber dem Radikalismus der Deutschnationalen interpretiert werden, sondern als zynischer Ausdruck einer opportunistischen Haltung, die wider besseren Wissens [*sic*] die Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe für ein geeignetes Mittel zur Erreichung politischer Ziele hielt.“ (Häusler 1974: 118) Luegers Antisemitismus war „krud, beleidigend und nicht selten herzlos. [...] Dass das öffentliche Herumhacken auf den Juden eine abscheuliche Praxis war, dass sie unschuldigen Menschen eine psychologische Bürde auferlegte [...] und dass sie ein Vorbild für künftige Politiker abgab, die eine viel stärkere Neigung hatten, die Dinge wörtlich zu nehmen, ist eine Last, die der österreichische >Christliche Sozialismus< auf ewige Zeiten mit sich herumschleppen muss.“ (Boyer 2010: 209) Tatsächlich war es der oft als *gemäßigt* verkannte Antisemitismus der Christlichsozialen unter und nach Lueger, der bereits „Ansätze zur administrativen und politischen Lösung der >Judenfrage<“ hervorbrachte (Botz 2000: 43). Der Antisemitismus der österreichischen Christlichsozialen war also entgegen der Annahme Hannah Arendts (1955: 73) nicht „ohne politische Bedeutung“. Vielmehr hat er in seiner „Feindschaft gegen den emanzipierten, >glaubenslosen< Juden“ der religiöse Antisemitismus den „rassenantisemitischen Gedankengängen den Weg geebnet“ (Häusler 1974: 110). Auch wenn der christlichsoziale Antisemitismus „hauptsächlich verbal“ blieb und „nicht zu staatlichen Verfolgungsmaßnahmen“ griff, bildete er „gleichwohl die Basis, auf die die Nationalsozialisten später bauen konnten“. (Stuhlpfarrer 1974: 146) Tatsächlich stellte der „autochthon österreichische katholische Antisemitismus“ bei aller Abgrenzung vom völkisch rassistischen Antisemitismus eine „Vermittlungsideologie“ zum Nazismus dar und hatte dessen Etablierung in Österreich maßgeblich erleichtert (Staudinger 1990: 270). Auch unterschied sich der christlichsoziale Antisemitismus „weder in der Zeichnung des Feindbildes noch in der Funktion wesentlich vom völkisch-antiklerikalen, nationalsozialistischen Antisemitismus“. (Ebd.: 269) Und so war es etwa mit Ernst Schneider ein Christlichsozialer, der 1898 im niederösterreichischen Landtag die Einführung von Prämien für den „Abschuss“ von Jüdinnen und Juden verlangte (Moser 1984: 66).

Luegers Erfolg voraus ging eine jahrzehntelange Hetze der *Wiener Kirchenzeitung* gegen Liberalismus und *Juden*, die zum *Judenliberalismus* zusammengebunden wurden. Beginnend mit Brunner, der als „Vater des österreichischen Antisemitismus“ gilt (Heer 1967: 354), und ganz in der Tradition von Wanderhetzern wie Abraham a Sancta Clara entwickelte sich ein Katholizismus *von unten* oder des niederen Klerus in Österreich weit früher als in Deutschland zu einem organisatorischen Zentrum der (publizistischen) Angriffe auf *Juden* und das Judentum.¹⁸ Brunner, dem Zeitgenossen vorwarfen, die „Judenhetze zu seinem literarischen Industriezweig“ gemacht zu haben (zit. n. Pulzer 2004: 193), stand wiederholt im Konflikt mit der Amtskirche, die sich in seinen Augen zu eng an den aufgeklärten Spätabsolutismus und die Habsburger gelehnt hätte.

¹⁸ Der Grund für die Differenz dürfte in der Minderheitenposition, in welcher sich der Katholizismus in Deutschland befand, zu finden sein.

Als früher Populist versuchte Brunner, der das Schimpfwort „Judenpresse“ geprägt haben soll (Pulzer 2013: 776), die kleinbürgerlichen Massen zu mobilisieren – gegen *die da oben*. Solch vage Bestimmung lässt die Herrschaft unberührt, tatsächlich sollte die soziale Wut auf die *wahren* Herrschenden, die *Juden*, gelenkt werden.

Während es den Konservativen in Deutschland gelang, die Christlichsozialen zu integrieren und ihnen die antisemitische Spitze zu nehmen, bewahrten sich in Österreich die Christlichsozialen unter Lueger ihre Unabhängigkeit und übernahmen vielmehr die Konservativen. Im Gegensatz zu Adolf Stoecker in Berlin verstand es Lueger, sich in Form der *Christlich-Sozialen Partei* eine eigenständige und dauernde Machtbasis sowie dieser den Charakter „einer vieler Schichten umfassenden Volksbewegung“ (Lichtblau 1995: 263) zu verschaffen. Mit Luegers Übernahme des Bürgermeisteramtes in Wien 1897 wurde die damalige Reichshauptstadt zur ersten antisemitisch regierten Hauptstadt Europas. Der rasante Aufstieg der *Christlich-Sozialen* zur stärksten Partei wäre ohne die Integrations- und Mobilisierungskraft des Antisemitismus nicht möglich gewesen.

Weiters im Gegensatz zu Deutschland war das offen antisemitische Lager, (katholischer) Konservatismus und (protestantischer) Deutschnationalismus, in Österreich lange Zeit geeint, die Spaltung erfolgte hier erst Mitte der 1920er Jahre, als deutscher (nazistischer) und österreichischer (klerikaler) Faschismus miteinander in Konkurrenz gerieten. Die lange Einigkeit hatte „zur Folge, dass das konservative Lager eine verbale Radikalität zuließ, die nur von rassistisch deutschnationaler Seite zu erwarten gewesen wäre“. (Lichtblau 2009: 43) Auch brach der parteiförmige Antisemitismus hierzulande um die Wende ins 20. Jahrhundert in der Wählergunst nicht ein. Ganz im Gegenteil: Nachdem schon Wien bis 1910 gehalten werden konnte, schickten er sich an, nun auch den Reichsrat zu dominieren.

Völkischer/rassistischer Antisemitismus

Als die Epoche des wissenschaftlich verbrämten und rassistisch argumentierenden Antisemitismus in Österreich begründend gilt das 1876 publizierte Werk des berühmten Chirurgen Theodor Billroth, *Das Lehren und Lernen der medizinischen Wissenschaften an den Universitäten*, in welchem „ungarische[n] und galizische[n] Juden“ als „stark degeneriert“ und einer „geistigen und körperlichen Verkommenheit“ entgegengehend bezeichnet wurden (zit. n. Wladika 2005: 45).¹⁹ Dieser, sich nunmehr rassistisch äußernde Antisemitismus

¹⁹ Jedoch rückte Billroth gegen Lebensende öffentlich von seiner Hetze ab, 1891 wurde er gar Ehrenmitglied des Wiener Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, was sich die vormaligen Gesinnungskameraden nur mit seiner Käuflichkeit erklären konnten.

wurde von den völkischen Studentenverbindungen begeistert aufgegriffen und in Form von *Arierparagrafen* in die Statuten aufgenommen. Den Anfang machte die Wiener *Libertas*, die bereits 1878 Juden die Aufnahme verweigerte. Das beeindruckte Schönerer, der 1879 dekretierte, dass ein Ende gemacht werden solle mit der Bevorzugung „der bisher semitischen Herrschaft des Geldes und der Phrase“ (zit. n. Berchtold 1967: 187).²⁰ 1887 bezeichnete Schönerer den Antisemitismus im Parlament „als einen Grundpfeiler des nationalen Gedankens“, ja, „als größte nationale Errungenschaft dieses Jahrhunderts“ überhaupt (zit. n. Kienzl 2014: 122). Schönerer, der „den Nazismus mehr beeinflusst hat als alle deutschen Antisemiten zusammen“ (Arendt 1955: 72) und dennoch bis heute *Ehrenbursch* zahlreicher Burschenschaften ist, bezeugte in seinem Manifest zur Gründung einer *Deutschen Volkspartei* (1881) die integrative Funktion des Antisemitismus: „Wir wollen das der Zusammengehörigkeit des deutschen Stammes in Österreich nicht allein im Ringen mit dem Slawentum, sondern auch im Kampfe gegen die Ausbeutung der edelsten Volkskräfte zum Vorteil weniger [...] zum lebendigen Ausdrucke bringen.“ (Zit. n. Pulzer 2004: 185)

Während in Deutschland noch über einen *Arierparagrafen* diskutiert wurde, nahmen ihn die *deutschen* Burschenschafter in Österreich in ihrer Praxis bereits vorweg. Schon um 1890 fanden sich in den *deutschen* Burschenschaften Österreichs mehrheitlich keine Juden mehr. Mit dem *Waidhofener Prinzip* wurde 1896 Juden auch das Recht auf Genugtuung im Duell abgesprochen, was sie auf akademischen Boden quasi vogelfrei machte und von den kaiserlichen Behörden mit Verboten jener Verbindungen, die das neue Prinzip übernommen hatten, geahndet wurde (Hein 1984: 53 ff.). Im *Deutschen Burschenschafter* wurde die Rücknahme der politischen Emanzipation als hinter den *Waidhofener Prinzipien* stehendes Motiv offen benannt: „>Der Jude ist vermöge der untergeordneten Stellung seiner dem Deutschtume fremden Rasse von Natur aus dem Deutschen nicht ebenbürtig.< Das ist der unverrückbare, auf den Ergebnissen der Wissenschaft und der Erfahrung fußende deutschnationale Grundsatz, der schon vor Jahren zur Reinigung der deutschen Studentenschaft von ihren fremden Beimengungen geführt hat. [...] Die Juden sollen und müssen aus der Gleichberechtigung [...] in eine Art moralisches Ghetto zurückgedrängt werden“ (zit. n. Kampe 1988: 202 f.).²¹

Zusammenfassend lässt sich der Antisemitismus der österreichischen Burschenschaften als „eine Fortfüh-

²⁰ Diese Forderung hielt manche Linke und Liberale wie Viktor Adler oder Heinrich Friedjung nicht davon ab, sich mit Schönerer und anderen Antisemiten 1882 hinter dem Linzer Programm, einem „Gemisch von Nationalismus und Halbsozialismus“ (Pulzer 2004: 184), zu versammeln. Das offen artikuliert antisemitische Ressentiment war aber zunächst noch weitgehend auf die Ostjuden beschränkt, 1885 wurde das Programm von Schönerer um einen *Arierparagrafen* und die Forderung nach einer „Beseitigung des jüdischen Einflusses [...] auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ ergänzt (Moser 1984: 64). Nun erst brachen die Liberalen und Linken mit Schönerer.

²¹ In dieser Quelle wird bereits ein Bild von der drohenden Barbarei entworfen: „Unsere deutsche Nachkommenschaft aber wird es den Wackeren von gestern danken, dass sie die Ersten waren, welche den vor einem halben Jahrhundert im Freiheits- und Gleichheitstau- mel begangenen Fehler der Vorfahren, dem Juden deutsches Recht und deutsche Sitte zuzugestehen, in so gründlicher Weis ausgebessert haben. Heute ist der Stein im Rollen, Heil seiner Bahn!“ (Kampe 1988: 303) Die antisemitischen Wegbereiter hofften, dass „das Judentum dem gelben Flecke, den unsere klugen Väter ihren ‚mosaischen Mitbürgern‘ auf die Schulter hefteten, näher steht als je“. (Ebd.: 606)

rung und Verschärfung von Entwicklungen [...], wie sie zu Ende des 19. Jahrhunderts eingeleitet worden waren und ihre >Vollendung< in den >Nürnberger Gesetzen< als Kern der NS-Ideologie fanden“ (Cerwinka 2006: 6), beschreiben. Auch wenn keine Zwangsläufigkeit in der Entwicklung hin zu Auschwitz existiert: Im deutschvölkischen Antisemitismus war früh offen von Vernichtung die Rede, schon 1909 war in den *Deutschen Hochschulstimmen* zu lesen, dass man „die jüdische Rasse [...] verfolgen und ausrotten“ wolle. (Zit. n. Hein 1984: 59) Und als im April 1920 bis zu 1.000 Deutschvölkische an der *Technischen Hochschule* in Wien eine 20-köpfige zionistische Studentengruppe angriff, zwang sie deren Mitglieder, zu zeigen, dass sie beschnitten sind – eine Form der Erniedrigung, die im Nazismus beliebt werden sollte (Pauley 1993: 140).

1909 zog Adolf Hitler nach Wien, dem „hitzigsten Zentrum judenfeindlicher Hetze im deutschen Sprachbereich“ (Poliakov 1988: 23). Hier tauchte er ein in eine regelrechte Parallelwelt aus antisemitischen Paranoikern (Schönerer), zynischen Agitatoren (Lueger) und arischen Heilspriestern (Jörg Lanz von Liebenfels, Guido von List), hier fand er Bestätigung für seine fixen Ideen, die er zur Weltanschauung ideologisierte (Hamann 1996). Gleiches galt davor schon für Houston S. Chamberlain, der sein epochemachendes und den Nazismus vorbereitendes Machwerk *Die Grundlagen des 20. Jahrhunderts* (1899) in Wien verfasste.

Sozialdemokratie

Das Verhältnis der österreichischen Sozialdemokratie zum Antisemitismus ist – mehr noch als das der deutschen – als zumindest ambivalent zu bezeichnen. Einerseits hatte die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs* (wie die *Kommunistische Partei Deutschösterreichs*) den Antisemitismus nicht (wie die *Christlich-Sozialen*) im oder (wie die Völkischen) gar zum Programm, vielmehr wandte sie sich in offiziellen Verlautbarungen immer wieder gegen die *Judenhetze*. Andererseits scheuten führende Kader der SDAPDÖ nicht davor zurück, Antisemitismus in der politischen Auseinandersetzung zu instrumentalisieren. So hieß es z. B. Ende der 1920er Jahre in einer sozialdemokratischen Broschüre mit dem Titel *Der Judenschwindel*: „Welche Schwindel der Antisemitismus ist, geht vor allem daraus hervor, dass die christlichsoziale Partei selbst durchaus verjudet ist.“ (Zit. n. Böck 1995: 277) Dieses anonym verfasste Machwerk stellte mit „seiner gehässigen und diffamierenden Schreibweise [...] einen der Höhepunkte sozialdemokratischer, antisemitischer Agitation dar“ (Rütgen 1989: 25). Und die *Arbeiter-Zeitung* untertitelte 1925 eine ihrer zahllosen antisemitischen Karikaturen: „Nach Hitlers Verlobung mit einer Jüdin und nach der Gründung der jüdisch-hakenkreuzlerischen Wechselstube an den Wiener Hochschulen wird ein neues Wappen für die Hakenkreuzpartei geschaffen: eine sinnige Verschmelzung von Hakennase und Hakenkreuz.“ (Zit. n. Jacobs 1994: 105)

Bei allen persönlichen antisemitischen Ressentiments von vielen Führungskadern seit Viktor Adler und – mehr noch – Engelbert Pernerstorfer und trotz solcher skandalöser Instrumentalisierung kann meines

Erachtens von einem originär *marxistischen* Antisemitismus nicht die Rede sein. Dort, wo SozialistInnen und – deutlich seltener – KommunistInnen²² antisemitisch agierten (sprachen), taten sie dies aufgrund ihrer Verwobenheit mit dem herrschenden Diskurs. Wir haben es hier mit einer Frühform des Antisemitismus ohne (bekenkende) AntisemitInnen zu tun: der expliziten Abgrenzung vom Antisemitismus unter Beibehaltung seiner Rhetorik. Linke antisemitische Agitation erscheint daneben als notwendiges Produkt des Rückfalles hinter die Marxsche Kritik und der Übersetzung dieser Kritik „in den Brustton von Gewerkschaftsfunktionären“ (Horkheimer 1939: 33) sowie als Ausdruck von Opportunismus und Populismus (im Kampf um die Gewinnung neuer – kleinbürgerlicher und bäuerlicher – WählerInnenschichten). Das Urteil Reinhard Rürups hat auch für Österreich Gültigkeit: „Der politische Antisemitismus, der Antisemitismus als >Weltanschauung< und als Programm wurde eindeutig abgelehnt, auch von denjenigen, von denen judenfeindliche Äußerungen bekannt geworden sind. Anders stand es mit den überlieferten Vorurteilen, mit den judenfeindlichen Klischees, der stereotypen Vorstellung von >dem Juden<. Hier standen die Sozialisten ebenso wie die anderen Mitglieder der deutschen Gesellschaft in einer starken kulturellen Tradition der judenfeindlichen Bilder und Vorstellungen, der voreingenommenen und verzerrten Wahrnehmung von Wirklichkeit.“ (Rürup 1991: 26) Was darüber hinaus aber bleibt, ist das als Folge eines falschen Verständnisses von Antisemitismus (als sozialistische Frühform), taktischer Rücksichtnahmen und ökonomistischer Positionen zu konstatierende „historische Versagen“ (Peham 2008) des Bewegungsmarxismus in Österreich angesichts der antisemitischen Bedrohung. Der Sozialdemokratie in der Ersten Republik ist zumindest ein „Mangel an Sensibilität gegenüber den Gefahren des Judenhasses“ zu attestieren (Mitten 1995: 105).

Erste Republik

Auch wenn die *Dolchstoßlegende*²³ in Österreich nicht jene Dynamik wie in Deutschland entfalten konnte, verzichteten Parteigänger der Rechten nicht auf derartige Unterstellungen. Der christlichsoziale Abgeordnete Johann Wohlmeyer hetzte etwa 1918 im Reichsrat gegen die „Hyänen des Schlachtfeldes vom Hinterlande, diese Raubtiere und Bestien in Menschengestalt“ und unterstellte ihnen „Wucher“, „Preistreiberei“ und „Lebensmittelfälschung“ (zit. n. Stoppacher 2017: 46). Im Dezember 1918 riefen die Christlichsozialen zum „schärfsten Abwehrkampf gegen die jüdische Gefahr“ und die „Judenrepublik“, wie der neue Staat von

²² Herbert Rütgen attestiert der KPÖ, sie habe es im Gegensatz zur SDAPÖ vermieden, sich durch „demagogische Ausritte“ als die „besseren“ Antisemiten darzustellen. So seien die „Attacken gegen jüdische Kapital“ bis 1934 vergleichsweise selten zu finden, wie überhaupt als „antisemitisch zu qualifizierende Formulierungen eine absolute Ausnahme [bildeten]“ (Rütgen 1989: 71). Als einen Grund für diese Differenz nennt Rütgen zu Recht die Tatsache, dass die KPÖ bis Mitte der 1930er Jahre auf eine Agitation im Kleinbürgertum weitgehend verzichtete. So musste sie „keinerlei taktische Rücksichten auf mögliche Wählerstimmen“ nehmen (ebd.: 76). Auch der Vorwurf, eine *Judenschutztruppe* zu sein, versetzte die KPÖ nicht wie die SDAPÖ in Panik.

²³ Nach dieser Legende hätten sich Juden vom Militärdienst gedrückt und stattdessen im Hinterland die Moral untergraben sowie vom Krieg finanziell profitiert. Mit der Revolution von 1918 wären sie den angeblich im Felde unbesiegten deutschen (und österreichischen) Soldaten in den Rücken gefallen.

Anton Orel, einem Nachfolger Vogelsangs²⁴, genannt wurde, auf (zit. n. ebd.: 53 f.).

In Person des Prälaten Ignaz Seipel kam der christlichsoziale Antisemitismus 1922 an die Staatsspitze, die er bis 1938 beherrschen sollte. Der spätere Bundeskanzler behauptete 1919, die *Juden* seien „jedem Umsturz geneigt“ und dass die „bolschewistische Gefahr [...] eine jüdische Gefahr“ sei. Sie seien „zu einem zersetzenden Element geworden“, das „die Felsen des Volkstums zernagt und zersprengt“. (Zit. n. Moser 1984: 68) Sein Gesinnungskamerad Leopold Kunschak hatte kurz davor gefordert, geflüchtete *Ostjuden* in Konzentrationslager zu sperren. Kunschaks 1919 vorgelegter Vorschlag zur *Lösung der Judenfrage* war (noch) zu radikal, als dass er von der – damals unter internationaler Beobachtung stehenden – Regierung angenommen hätte werden können. Auch seine scheinheilige Warnung von 1936 – die tatsächlich eine Drohung war – vor einem „Toben wild gewordner Instinkte“ gegen Jüdinnen und Juden, wenn die „Judenfrage“ nicht „rechtzeitig“ gelöst werde, war ganz nach dem Geschmack der Nazis, die Kunschak wiederholt als Kronzeugen zitierten (Pauley 1993: 209 ff.). Umgekehrt kritisierte Kunschak das NS-Regime wegen seiner angeblich „gemäßigten Haltung“ gegenüber Jüdinnen und Juden: Weil man sich in Wahrheit längst arrangiert habe, seien die antisemitischen Forderung der österreichischen Nazis nicht mehr ernst zu nehmen (ebd.: 219).

Der christlichsoziale Justizminister Franz Hueber verlangte schon 1930, dass Österreich von „diesem [jüdischen, Anm.] Fremdkörper befreit“ werde. Zwar hindere ihn seine Position daran, zu Pogromen aufzurufen, aber er verlange, dass „rassisch unreine Elemente aus dem öffentlichen Leben in Österreich entfernt werden“. (Ebd.: 224) Und Fürst Ernst Rüdiger von Starhemberg, Bundesführer der austrofaschistischen *Heimwehr*, nannte 1930 in einer Rede „einen freien Volksstaat [...], in dem jeder Volksgenosse das Recht auf Arbeit und Brot hat“, das „Endziel“ seiner Bewegung. Unter „Volksgenosse“ meinte er „nur jene, die die Rasseninstinkte der Deutschen tragen, in deren Adern deutsches Blut fließt. Mit dem Volk meine ich nicht jene fremden, plattfüßigen Parasiten aus dem Osten, die uns ausbeuten.“ (Zit. n. ebd.: 226) Ein Jahr davor veröffentlichte *Heimwehr*-Bundesführer Richard Steidle einen programmatischen Text zum Antisemitismus, für welchen er *Juden* verantwortlich machte: Der Hass werde provoziert von den *Ostjuden*, die zu den „übelsten Pressestrolchen, [...] den destruktivsten Elementen des Marxismus und seiner Mitläufer, [...] den böartigsten Vertretern der Asphalt Demokratie“ zählten (zit. n. Wiltschegg 1985: 266). In der innenpolitischen Eskalation steigerten sich die *Heimwehrführer* in einen regelrechten (verbalen) Mordrausch. Starhemberg etwa meinte 1930 in einer Brandrede gegen das *Rote Wien* über den verhassten und als *Juden* denunzierten Finanzstadtrat Hugo Breitner: „Nur wenn der Kopf dieses Asiaten in den Sand rollt, wird der Sieg unser sein.“ (Zit. n. Königseder 2005: 63) Jedoch wurde die antisemitische Hetze nach Etablierung der austrofaschistischen Diktatur (1934) deutlich zurückgefahren, auch war dieser im Gegensatz zum Nazismus nichts an der tatsächlichen Entrechtung der Jüdinnen und Juden gelegen (ebd.: 59).

²⁴ Orel war einer jener Akademiker, die den christlichen mit dem völkisch rassistischen Antisemitismus verknüpften. Als „Christian Loge“ steuerte er etwa 1934 einen Beitrag zur Beglaubigung der jüdischen Ritualmorde bei. Trotzdem wurde er noch 1981 von der Katholischen Akademie der Erzdiözese Wien als „Künder und Wegbereiter christlicher Sozial- und Kulturreform“ gefeiert (zit. n. Hagemeister 2017: 556).

Nach 1933 positionieren sie die Christlichsozialen gegen den nazistischen Antisemitismus – indem sie vorgaben, ihn noch zu überbieten: „Praktischer Antisemitismus ist wertvoller als radikaler Wortantisemitismus.“ (Zit. n. Spira 1981: 92) In der *Reichspost* war im März 1933 unter dem Titel *Kein Antisemitismus im Dritten Reich* zu lesen: „So beginnt das >gigantische Aufbauwerk des Nationalsozialismus< [...] de facto mit einer großzügigen Judenschutzaktion, und die Massen, die den Aposteln des radikalsten Rassenantisemitismus zur Macht verholfen haben, haben das Nachsehen. [...] Kurz, es ist nichts mit dem Antisemitismus im Zeichen des Hakenkreuzes.“ (Zit. n. ebd.: 91 f.)

Es war vor allem der katholische Publizist Joseph Eberle, der in Sachen Antisemitismus dem Nazismus vor- und zuarbeitete. Seine 1925 in Wien gegründete Zeitschrift *Schönere Zukunft* beweist, wie gut religiöser und rassistischer Antisemitismus in- und zueinander passten. 1926 hieß es dort programmatisch: Der „Abwehrkampf gegen das Judentum ist nicht unchristlich, sondern Wiederaufnahme kirchlicher Traditionen“ (zit. n. Eppel 1980: 144). Eberle verlangte schon 1931 ein „ernsthafte Anpacken der Judenfrage“, und als die Nazis in Deutschland damit begannen, wies er mit Stolz darauf hin, dass er zu jenen „charaktervollen Publizisten“ gehöre, die früh und stets von der „unheimlichen Überjudung“ Deutschlands gewarnt hätten (zit. n. ebd.: 147). Jedoch distanzierte man sich in der *Schöneren Zukunft* von jenen, die in ihrer antisemitischen Raserei auch auf das Christentum und das *Alte Testament* zielten – die rassistische Radikalisierung des Antisemitismus fand aber durchaus Zustimmung. Eberle war der Überzeugung, dass „Blut und Rasse [...] durch die Taufe nicht getilgt“ werden könnten (zit. n. ebd.: 150). Noch größere Übereinstimmung mit dem Nazismus bestand in der Verwerfung des Kapitalismus „mit seinem Mammonismus, mit seiner Plutokratie und Proletarisierung“ (zit. n. ebd.: 163) als Werk der *Juden*. Gleiches gilt für die kulturelle *Dekadenz*, insbesondere der Literatur galt der Säuberungswunsch: „Unsere [...] schöne, gedankenvolle, ehrliche, keusche deutsche Sprache verfällt wie die Börse, das Kapital, der Handel dem Judentum. Jüdischer Witz, jüdische Geilheit, jüdische Gaunerausdrücke haben sich wie Ungeziefer in den Körper unserer Sprache eingenistet. Hinaus damit!“ (Zit. n. ebd.: 167) Im hohen Klerus war es vor allem Bischof Alois Hudal, der den völkischen und nazistischen Rassenwahn – bei aller Gefahr der „Überspitzung“ (Hudal 1937: 81) – als *christlich* legitimierte.

An den Universitäten begannen Burschenschaften unmittelbar nach Kriegsende derartig gegen Andersdenkende und Juden zu wüten, dass schon 1921 im Nationalrat von deren „terroristischer Herrschaft“ die Rede war (zit. n. Zoitl 1992: 297). Stefan Zweig (1946: 85) hat den völkisch Korporierten, „die unter dem Schutz der akademischen Immunität einen Prügelterror ohnegleichen etablierten“, in seiner Autobiografie mehrere Absätze gewidmet. Noch 1962 wurde dieser Prügelterror in einer burschenschaftlichen Festschrift als „Reibungen mit Ost-Juden“ verharmlost und mit der Behauptung legitimiert, dass die Hochschulen „durch Ostjuden überflutet“ worden seien und man gegen die „bolschewistische Gefahr“ vorgehen musste (zit. n. Peham 2014).

Antisemitismus gab es aber auch nach 1918 in allen Lagern, und so lag es am sozialistischen niederösterreichischen Landeshauptmann Albert Sever, das Urteil der verhetzten Massen zu vollstrecken. Sein entsprechender Erlass vom September 1919, welcher über 20.000 jüdische Geflüchtete mit Abschiebung bedrohte, wurde aber aus Angst vor einer negativen (finanziellen) Reaktion der Siegermächte des Ersten Weltkrieges nicht umgesetzt (Pauley 1993: 127 ff.). 1920 war in einem ganzseitigen Aufruf zur Nationalratswahl in der christlichsozialen *Reichspost* zu lesen: „Hinaus mit den Ostjuden! – Keine Stimme der nur von Juden geführten internationalen Sozialdemokratie! [...] Deutsches Volk, erwache zur Tat und erfülle Deine heiligste Pflicht! [...] Solange die jüdischen Führer der Sozialdemokratie die Zügel der Regierung unseres Staates in ihren Händen haben, solange wird Österreich der Sammelpunkt aller jüdischen Auswanderer aus dem Osten sein.“ (Zit. n. Spira 1981: 79 f.)

Als Menetekel des Antisemitismus kann die Ermordung des Schriftstellers Hugo Bettauer (*Die Stadt ohne Juden*) 1925 gesehen werden: Der jüdische Autor wurde nach einer jahrelangen Hetzkampagne zu einem Opfer der „Lynchjustiz gegen den Schänder unseres Volkes“, wie dies von Nazis gefordert worden war. Der SA-Mann Otto Rothstock exekutierte das Urteil – der Prozess gegen den Mörder wurde zu einer antisemitischen Farce, in der das Opfer zum Täter gemacht wurde (Botz 1976: 133 ff.). Die De-facto-Straffreiheit, die der nur 20 Monate in einer Nervenheilanstalt inhaftierte Rothstock genoss, kann als aufmunterndes Signal an die künftigen Mörder gar nicht überschätzt werden. Schon in den frühen 1930er Jahren kam es verstärkt zu Übergriffen auf Synagogen und jüdische Geschäfte, schließlich – rund um das Verbot der NSDAP 1933 – sogar zu Bombenattentaten auf Juden (z. B. auf den Juwelier Norbert Futterweit).

Nazismus und Shoah

Mit dem *Anschluss* Österreichs ans *Deutsche Reich* begann nun auch die staatliche Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden. 1938 lebten in Österreich knapp über 200.000 Menschen, die nach den Nürnberger Gesetzen als *Voll-, Halb- oder Vierteljuden* galten. Der Großteil der Entrechteten lebte bereits in Wien, das Regime war bestrebt, auch die übrigen Jüdinnen und Juden zunächst hier zu konzentrieren. Es kam zu Enteignungen (*wilden Arisierungen*) und pogromartigen Übergriffen, die viele Betroffene in den Selbstmord trieben.

Während der Novemberpogrome 1938 wurden in Wien, Klagenfurt, Villach, Linz, Graz, Salzburg, Innsbruck und in mehreren niederösterreichischen sowie burgenländischen Städten und Ortschaften Jüdinnen/Juden und jüdische Einrichtungen wie Synagogen zu Opfern gewalttätiger Übergriffe. Insgesamt wurden dabei 27 Menschen getötet, darunter in Innsbruck Richard Berger, der Vorstand der örtlichen jüdischen Gemeinde. Rund 6.500 Juden wurden verhaftet, von denen etwa die Hälfte in Konzentrationslager, vor allem nach Da-

chau, deportiert wurde. Der Großteil wurde nach Vorlage von Ausreisepapieren wieder entlassen.

Im Oktober 1939 wurden zwei erste *Judentransporte* nach Nisko zusammengestellt, die von Adolf Eichmann verantwortete Aktion wurde jedoch nicht fortgesetzt. Erst 1941 begannen die systematischen Deportationen, allein 1942 wurden über 32.000 Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager und Ghettos verschleppt. Insgesamt kostete die Shoah gut 66.000 österreichischen Jüdinnen und Juden das Leben, rund 64.000 davon konnten vom DÖW bisher namentlich erfasst werden.²⁵

Gerade das österreichische und Wiener Beispiel zeigt, in welchem Ausmaß die nazistische „Verfolgung und Vernichtungspolitik [...] ein Ersatz für Sozialpolitik“ waren. Hier stellten „Vertreibung und Enteignung der Juden nicht nur die Erfüllung alter antisemitischer Wahnvorstellungen, sondern auch eine breitenwirksame Arbeitsbeschaffungs-, Mittelstands- und Wohnungspolitik²⁶, von der nicht nur die Parteigenossen profitierten und die den Untergang des Wiener Judentums beschleunigte“. (Botz 2008) Neben der Gier motivierte der alte, lange aufgestaute Hass die Übergriffe und Verfolgungen. Unmittelbar nach dem Anschluss wurden weite Teile der österreichischen Bevölkerung von einer regelrechten „antijüdischen Massenhysterie“ (Weinzierl 1969: 30) erfasst. Die „Bedeutung der antisemitischen Mobilisierung beträchtlicher Bevölkerungsteile für nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahmen“ ist daher nicht zu vernachlässigen (Botz 2000: 37). Tatsächlich war der „österreichische Antisemitismus intensiver als jener im >Altreich<“, die Maßnahmen der Nazis konnten sich hierzulande „auf eine breite Zustimmung der nichtjüdischen Bevölkerung stützen“. (Ebd.: 93) Auch wurde zum Teil „die Judenpolitik des Dritten Reiches von den österreichischen [...] Nazis und ihrem Umfeld geradezu angetrieben und radikalisiert“ (ebd.: 91). Dementsprechend konnten nur knapp mehr als 500 Jüdinnen und Juden als *U-Boote* und dank der Hilfe nichtjüdischer Bevölkerungsteile in Wien überleben (Ungar-Klein 1995: 96) – im etwas mehr als doppelt so großen Berlin waren es zehnmal so viele.

Sogar die NS-Machthaber zeigten sich von der Heftigkeit des österreichischen Antisemitismus überrascht, im *Völkischen Beobachter* (26. April 1938) war etwa zu lesen: „Musste den Norddeutschen der Nationalsozialismus vielfach erst auf die privaten, sozusagen unpolitischen Gefahren des Judentums aufmerksam machen, so ist es in Wien im Gegenteil die Aufgabe einer verantwortungsbewussten, um die Untadeligkeit und Reinheit der Bewegung besorgten Volkserziehung, den überschäumenden Radikalismus einzudämmen und die verständliche Reaktion auf die jüdischen Übergriffe eines geschlagenen Jahrhunderts in geordnete Bahnen zu lenken.“ (Zit. n. Botz 2000: 41) Noch während des *Anschlusses* begannen pogromartige und oft von unorganisierten Bevölkerungsteilen ausgehende Übergriffe auf Jüdinnen und Juden. Angesichts der um sich greifenden *wilden Arisierungen* meinte *Reichskommissar* Bürckel: „Die herrliche Geschichte des Na-

²⁵ <http://www.doew.at/erforschen/projekte/datenbankprojekte/namentliche-erfassung-der-oesterreichischen-holocaustopfer>

²⁶ In Wien wurden bis 1945 über 59.000 Mietwohnungen arisiert.

tionalsozialismus und die Erhebung in Österreich haben durch das, was sich in den ersten Wochen an Raub und Diebstahl ereignet hat [...] eine gewisse Trübung erfahren.“ (Zit. n. ebd.: 53) Auch der Novemberpogrom „verlief in Wien heftiger und [...] blutiger als [in] vergleichbaren Städten des >Altreichs<“. (Ebd.: 64) Für Karl Stuhlpfarrer zeigt die *Reichskristallnacht*, „wie sehr man in Österreich in Terror und in allen Zwangsmaßnahmen [...] schon voraus war“ (Stuhlpfarrer 1974: 156). Im Zuge der *Arisierungen* und Vertreibungen bildeten sich in Österreich jene Verwaltungspraxen und Instanzen heraus, die bald im ganzen NS-Herrschaftsgebiet vorbildlich wurden (z. B. *Zentralstelle für jüdische Auswanderung*).

Die „österreichische Spielart“ des Antisemitismus war vor 1933 die extremste und mächtigste in ganz Mittel- und Westeuropa (Pauley 1993: 20; vgl. Arendt 1955: 74). Angesichts dessen überrascht die überproportionale Beteiligung der *Deutschen* aus Österreich an der Shoah nicht. Simon Wiesenthal wies Mitte der 1960er Jahre in seinem *Memorandum* darauf hin, dass rund die Hälfte der ermordeten Jüdinnen und Juden unmittelbar auf das Schuldkonto von *Ostmärkern* ging. Schon in den frühen 1950er Jahren rechnete er in Eingaben an die politisch Verantwortlichen mit der österreichischen Lebenslüge ab: „An der jüdischen Tragödie der Jahre 1938–1945 haben österreichische Staatsbürger einen nicht zu unterschätzenden Anteil. Die Ausrottungsmaßnahmen gegen die Juden außerhalb Deutschlands haben auf dem Gebiete Österreichs begonnen und wurden zum größten Teil von österreichischen Nazis ausgeführt unter Zustimmung eines maßgeblichen Teils der Bevölkerung, die zum Teil davon materiell profitierte.“ (Zit. n. Botz 2012: 173 f.) Neben weltanschaulichen und kulturellen Traditionen (s. u.) sind für diese Überrepräsentanz institutionelle Gründe anzunehmen: Nach dem *Anschluss* warteten rund 15.000 *Illegale* auf ihre Belohnung für die Widrigkeiten in der *Kampfzeit*, jedoch wollte die deutsche NS-Führung verhindern, dass sich eine regionalspezifische österreichische Version des Nazismus etablierte, und deshalb wurden die Stellen in der Bürokratie lieber mit *Reichsdeutschen* besetzt. So standen neben der Repression (Gestapo) und den Besatzungsbehörden in den eroberten Staaten den österreichischen Nazis zunächst vor allem jene Institutionen offen, die – wie das 1939 gegründete *Reichssicherheitshauptamt* – mit der Umsetzung der *NS-Rassenpolitik* betraut waren (Betz 1987: 148; Safrian 1993). Nach Wiesenthals Memorandum haben „die Ausrottungsmaßnahmen auf dem Gebiet Österreichs“ begonnen, woraus sich der überproportionale Prozentsatz von Österreichern, die unmittelbar in dem Vernichtungsprozess involviert waren, erklären ließe (Betz 2012: 181 f.). Er nannte unter anderem die *Aktion Reinhard*, unter dem Kärntner Odilo Globocnik, dessen Stab weitere 25 Österreicher angehörten, und das Beispiel Arthur Seyß-Inquarts, der als NS-Reichsstatthalter die Ermordung von 110.000 niederländischen Jüdinnen und Juden mitzuverantworten hatte.

Wiesenthals These, wonach Österreicher für die Ermordung von drei Millionen Jüdinnen und Juden unmittelbar verantwortlich gewesen seien, ist „in ihrem Kern nicht unrichtig“: „Österreicher haben ganz wesentlich zum Funktionieren des NS-Systems beigetragen“ (ebd.: 192). Basierend auf den Zahlen von Michael Mann errechnete Gerhard Betz eine „Überrepräsentation von mehr als einem Drittel“ in der Gruppe

der NS-Kriegsverbrecher (ebd.: 195). Der Grund dafür ist auch ein ideologisch kultureller: Das organisierte *Deutschum* wird seit jeher umso antisemitischer, je bedrohter (eingekreister) es sich wähnt. Dieser weltanschauliche Fundamentalismus und dieses Mehr an Extremismus, wie er sich aus dem „nationalen Grenzlandskampf“ ergeben habe, lässt sich auf den „typische[n] Grenz- und Auslandsdeutschenkomplex“ zurückführen (Wandruszka 1954: 405).²⁷

Zweite Republik

Nach Kriegsende lebten in Österreich noch zwischen 2.000 und 5.000 Juden – etwa 1.000 bis 2.000 davon überlebten den Krieg in Wien als Mitglieder des *Ältestenrates* der jüdischen Gemeinde, in *geschützten Ehen* (mit Nichtjüdinnen oder -juden) oder als *U-Boote*; die übrigen kamen, oft entkräftet, schwer krank und traumatisiert, aus den Lagern zurück. Zwischen 1945 und 1950 lebten in Österreich bis zu 300.000 jüdische *Displaced Persons* in Lagern, wo sie von ausländischen (jüdischen) Wohltätigkeitsorganisationen versorgt wurden. Nur rund 3.000 blieben in Österreich (v. a. Wien).

Konfrontiert waren sie mit einer Wand aus Schweigen, Unverständnis und Hass, weil sie als Opfer an die (Mit-)Schuld am Verbrechen erinnerten (sekundärer Antisemitismus). Nach 1945 bildete sich in Österreich ein „Grundkonsens“, der als zumindest implizit antisemitisch zu charakterisieren ist: „Zurückweisung und Verdrängung der österreichischen Mitverantwortung am Nationalsozialismus und an dessen Politik, Leugnung bzw. Minimierung der Verantwortung zur materiellen und symbolischen Entschädigung der Opfer der NS-Verfolgung, Durchführung einer Verstaatlichungs- und Wirtschaftspolitik, die ungeniert auch auf dem NS-Erbe aufbaute.“ (Botz 2012: 175) Zu diesem Konsens gehörte, den Antisemitismus zu bagatellisieren oder gar zu leugnen, wohl auch, weil er Teil der österreichischen Normalität war (Bolz 1987: 144).

Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) räumte 1947 zunächst ein, dass die „Rassenpropaganda bei manchen Österreichern einen gewissen Widerhall gefunden hat“ – um gleich im nächsten Satz ihre Besserung zu behaupten: „Aber als sie sahen, mit welchen Mitteln der Antisemitismus in die Tat umgesetzt wurde, da waren sie geheilt. Man kann ruhig behaupten, dass das Mitleid mit den verfolgten Juden den Antisemitismus in Österreich ausmerzte. Ich glaube nicht, dass diese Frage jemals wieder auch nur die geringste Bedeutung erlangen wird.“ (Zit. n. Mitten 2002: 101) Dieser Glaube wurde zur *Wahrheit*, und die Realität des anhaltenden Antisemitismus wurde dementsprechend verleugnet. So etwa im Fall von Kunschak, den Figl damit entschuldigte, dass dessen Antisemitismus keine „rassischen, sondern [...] ökonomische Gründe“ gehabt hätte (zit. n. ebd.: 102).

²⁷ Die These, dass „Deutsche, die im Ausland inmitten vermeintlich bedrohlicher Nichtdeutscher lebten, Deutsche in den verlorenen Gebieten sowie Deutsche in den Regionen, die in unmittelbarer Nachbarschaft gefährdeter Grenzen lagen“, überdurchschnittlich häufig NS-Täterkarrieren aufwiesen, konnte zuletzt von Michael Mann (2007: 330) bestätigt werden.

Motiviert durch die Apologie der *Österreicher*, die dem Antisemitismus ferngestanden seien, wurde dieser mit dem Nazismus gleichgesetzt bzw. auf ihn beschränkt. So konnte der autochthone Antisemitismus vor 1938 heruntergespielt und dessen Kontinuität in der Zweiten Republik geleugnet werden. Zudem ermöglichte diese Gleichsetzung den „Gründervätern der Zweiten Republik – die ja ohne jeden Zweifel Gegner der Nationalsozialisten gewesen waren –, als Gegner des Antisemitismus aufzutreten.“ (Ebd.: 104) Wie aber Robert Knight (1988) anhand der Ministerratsprotokolle nachgewiesen hat, war die Gründungsgeneration der Zweiten Republik tatsächlich voller antisemitischer Ressentiments. Die Dokumente bezeugen daneben „einen tiefgehenden Zynismus unter den Regierungsmitgliedern aller drei >antifaschistischen< Parteien“. (Mitten 1995: 112)

Schon mit der Erklärung der Provisorischen Regierung vom 27. April 1945²⁸ etablierte sich eine „neue[.] gesamtösterreichische[.] Opfergemeinschaft, in der niemand – und vor allem nicht die Juden – eine privilegierte Stellung genoss“. (Ebd.) Die *Okkupationstheorie* erlaubte es, Österreich von jeder Verantwortung für Nazismus und Krieg freizusprechen. Auf diesem „völkerrechtlichen Konstrukt“ konnte die „staatstragende >Selbstinfantilisierung< vom >ersten Opfer der nationalsozialistischen Expansionspolitik< aufgebaut werden.“ (Manoschek 1995: 49) Durch die „überparteiliche Pflege des >Österreichertums<“ konnten sich die „Gründerväter“ der Republik „eindeutig von (Nazi-)Deutschland abgrenzen“ und der „Frage nach den spezifisch österreichischen Wurzeln des Nationalsozialismus“ ausweichen (Mitten 1995: 107). Dementsprechend erfolgte auch keine „tatsächliche antifaschistische Umerziehung und Umorientierung an der Basis [...], sie wurde vielmehr umgelenkt und löste sich auf halbem Weg in eine neue Feindbildideologie auf“ (Widhalm-Kaindl 1990: 191). Der den kurzlebigen Antifaschismus ablösende Antikommunismus übernahm „die >Ventil<-Funktion antisemitischer Vorurteile“ und wertete gleichzeitig diese „in geradezu unvorstellbarer Weise wieder auf[.]“ (Marin 1979a: 185 f.).

Der Antisemitismus blieb solcherart auch nach 1945 „eine stabile Größe im politischen Bewusstsein eines großen Teils der österreichischen Bevölkerung“. (Stuhlpfarrer 1974: 143) Für diese Kontinuität ist maßgeblich der österreichische Umgang mit der NS-Vergangenheit (Opferlegende, Tabuisierung usw.) verantwortlich zu machen. Die Verdrängung von Schuld und Verantwortung wurde schon durch die Mängel und den frühen Abbruch der Entnazifizierung gefördert, auch blieben bis in die 1970er Jahre nennenswerte Versuche aus, größere Teile der Bevölkerung historisch und politisch aufzuklären (ebd.: 144).

Jedoch wandelte sich der Antisemitismus nach Auschwitz zu einem „verschämten, sich selbst verleugn-

²⁸ In der Erklärung wird die Schuld an allen NS-Verbrechen vom „macht- und willenlos gemachte[n] Volk Österreichs“ genommen. Hitler und seine Schergen hätten dieses „in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt, den kein Österreicher jemals gewollt hat, [...] zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat.“ (Zit. n. Pfeifer 2007: 55)

den >Antisemitismus ohne Antisemiten<“ (Marin 2000: 11). Dabei handelt es sich um ein „Massenvorurteil ohne Legitimation, ohne öffentliches Subjekt, ohne propagandistische Träger, ohne das Selbstbewusstsein und das Selbstverständnis einer Ideologie; es ist kein Rechtfertigungsmuster mehr, auf das man sich berufen kann [...]; es wird häufig ohne Absicht und Bewusstsein im alltäglichen Sprachgebrauch reproduziert [...]. >Antisemitismus ohne Antisemiten< definiert demnach jenen paradoxen Zustand der Koexistenz von Vorurteilskristallisation und offizieller Vorurteilsrepression [...]. (Marin 1979: 112) Auch wenn es heute „keinen >politischen Antisemitismus< mehr“ gibt, so gibt es „doch weiterhin Antisemitismus in der Politik.“ (Ebd.: 113) Das herausragende Merkmal dieses nachnazistischen Antisemitismus stellt die Tatsache dar, „dass er nicht eingestanden wird, vielmehr sich selbst gleichsam ständig dementiert, sich in indirekten, als vorurteilshaft bestreitbaren, >verschämten< Äußerungsformen zeigt. Diese Zurückweisung der eigenen Vorurteile ist an sich kein völlig neues Phänomen, denn immer schon gab es Antisemiten, die bestritten, >Antisemiten< und also >dumme Kerl[e]< zu sein, sozusagen Brandstifter, die Biedermänner sein wollen. Neu ist hingegen, dass diese schamvolle Selbstverleugnung zum Kernelement, quasi zur Signatur dieses Vorurteils geworden ist.“ (Marin 1978: 456 f.)

Als es 1960 zu antisemitischen Schmieraktionen und Friedhofsschändungen durch Neonazis kam, schreckte die Öffentlichkeit kurz auf. Aber erst der Borodajkewycz-Skandal (1962–1965) eröffnete die systematische und dauernde Auseinandersetzung mit dem nachfaschistischen Antisemitismus: Weil Taras Borodajkewycz seine antisemitische Hetze auch als Professor an der *Hochschule für Welthandel* betrieb, begannen kritische Studierende (darunter der spätere Bundespräsident Heinz Fischer), gegen ihn zu mobilisieren. Nach einer skandalösen Pressekonferenz von Borodajkewycz und seinem (mehrheitlich korporierten) Anhang am 23. März 1965 kam es verstärkt zu Demonstrationen gegen den Professor, der von einer wiederbelebten Allianz völkischer und katholischer Rechter verteidigt wurde. Bei einer dieser Demonstrationen am 31. März kam es zu massiven Zusammenstößen zwischen Borodajkewycz-Anhängern und -Gegnern, wobei der Antifaschist Ernst Kirchweger von einem Neonazi so schwer verletzt wurde, dass er am 2. April verstarb. Der umstrittene Professor wurde noch im Mai suspendiert, aber nicht zuletzt dank des Widerstandes von Unterrichtsminister Theodor Piffel-Perčević (ÖVP) erst 1971 – bei vollen Bezügen – in die Zwangspension geschickt (Kasimir 1995).

1974 sorgte die *Neue Kronen Zeitung* (NKZ) mit einer 42-teiligen Serie über „*Die Juden in Österreich!*“ für heftige Diskussionen (Marin 1983). Sie war „als bewusster Tabubruch konzipiert“, dennoch ist ihr eher ein ambivalenter als ein offen antisemitischer Charakter zu attestieren: Einerseits reproduzierte sie zahlreiche antisemitische Stereotype, andererseits war sie nicht frei von „aufklärerische[n] Züge[n]“, etwa durch die Behandlung des Antisemitismus (Pollak 2001). Sie zeichnet solcherart „in umfassender Weise die Konturen jenes Maßes an Antisemitismus nach, das von einem Antisemiten im Nachkriegsösterreich als publizierbar, als nicht-antisemitisch, als eben >normal< empfunden wurde“. (Ebd.)

Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Die Kontinuität des christlichsozialen Antisemitismus war vor allem eine personelle: Auch in der ÖVP waren erklärte Antisemiten wie Kunschak wohlgekommen. Und 1954 wurde in einer ÖVP-Broschüre gegen die „zersetzende Vorherrschaft der Emigranten“ in der SPÖ gehetzt. Diese würden „zu ihrer Machtstärkung Methoden anwenden [...], die geradezu talmudistisch anmuten“. (Zit. n. Manoschek 1995: 57) Schon 1945 denunzierte Figl Emigranten als jene, für die es „bequemer gewesen“ sei, „in ihren Klubsesseln zu sitzen als für Österreich zu leiden.“ (Zit. n. ebd.: 58) Und der spätere Bundeskanzler Alfons Gorbach legte 1949 nach: „Nirgendwo im Geschehen der letzten Jahre hat es so viele echte Anständigkeit, so viel selbstverleugnende Pflichterfüllung gegeben wie [...] bei den Soldaten dieses Krieges. [...] Da mögen die Herren Emigranten noch so viel Moralinsäure verspritzen, jene, die draußen in härtester Prüfung ihren Mann gestanden haben, wissen besser, was anständig ist, als jene, die sich beim ersten Kräuseln des blauen Ozeans auf Übersee in Sicherheit gebracht haben. [...] Ich spreche den Emigranten auch das Recht ab, in der Nationalsozialisten-Frage mitzureden.“ (Zit. n. ebd.: 58)

Im NR-Wahlkampf 1970 bewarb die ÖVP ihren Spitzenkandidaten Josef Klaus, der in der Ersten Republik als Funktionär der *Deutschen Studentenschaft* deren antisemitische Hetze mitverantwortet hatte (Spira 1981: 112 f.), als „echte[n] Österreicher“ (ebd.: 136) – im Gegensatz zum *jüdischen* Kreisky, einem *unechten Österreicher*. Vier Jahre zuvor beschimpfte der ÖVP-Abgeordnete Alois Scheibenreif den damaligen Außenminister Kreisky als „Saujuden“, wofür er sich zwei Monate später öffentlich entschuldigen musste (Widhalm-Kaindl 1990: 193).

Einen Kulminationspunkt antisemitischer Traditionen in der ÖVP stellt 1986 die Waldheim-Affäre dar. Der spätere Bundespräsident hatte „seine Mitgliedschaft bei zwei Nazi-Organisationen und seinen Militärdienst bei der Heeresgruppe E jahrzehntelang verschwiegen bzw. darüber bewusst die Unwahrheit gesagt“ und „die mörderische Vergeltungspolitik der Wehrmacht am Balkan verharmlost und behauptet, von den Deportationen der griechischen Juden bis 1986 nichts gewusst zu haben; zudem weigerte er sich, eine ausführliche Darstellung seines Kriegsdienstes zu geben“. (Mitten 2002: 122) Die Vergesslichkeit und Schweigsamkeit war zwar symptomatisch für das Verhalten einer ganzen Generation von Zu- und Wegschauern, in der Wahlauseinandersetzung führte sie jedoch zu heftigen, auch internationalen Reaktionen. Der ÖVP gelang es, die Kritik an Kurt Waldheim zu einem Angriff des – von *Juden* dominierten – *Auslandes* bzw. der US-amerikanischen *Ostküste* auf Österreich zu machen. Mit Unterstützung der Tageszeitungen *Die Presse* und *Neue Kronen Zeitung* stilisierte sie ihren umstrittenen Kandidaten „zu einem von Juden gekreuzigten Christus hoch[.]“ (Wodak et al. 1990: 320).

Als Waldheim dann nicht ohne Stolz bekundete: „Ich habe im Krieg nichts anderes getan als Hunderttausende andere Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt“ (zit. n. Botz 1987: 150), verdeutlichte er, wie stark die Identifizierung mit NS-Deutschland und dessen Kriegszielen entgegen der offiziellen Opferversion tatsächlich noch immer war. Ungewollt entzog er der österreichischen Lebenslüge ihre Basis, in der Folge war sie nur noch schwer aufrechtzuerhalten.²⁹ Insbesondere der angestrebte EU-Beitritt vertrug sich nicht mit solchem Umgang mit der Vergangenheit. Und so sah sich Bundeskanzler Franz Vranitzky gezwungen, Anfang der 1990er Jahre eine Mitverantwortung von ÖsterreicherInnen am Nazismus und seinen Verbrechen einzuräumen (Mitten 1995: 102).³⁰

In der Waldheim-Affäre begann der unausgesprochene Pakt zwischen SPÖ und ÖVP zur Externalisierung und Tabuisierung des Nazismus brüchig zu werden. Aber auch wenn Waldheim unbeabsichtigt eine nachhaltige (positive) Veränderung in der österreichischen Erinnerungs- und Vergangenheitspolitik in Gang gesetzt hat: Die Hoffnung, dass „der Fall Waldheim zu einer österreichischen Dreyfus-Affäre mit umgekehrten Vorzeichen“ werde und „zu einem politisch-geistigen Klärungsprozess und zu einem Sieg der Demokraten über die Kräfte der Restauration“ führe (Bolz 1987: 141), hat sich nicht erfüllt. Vielmehr wurde er zu einer Initialzündung „für einen Rechtsruck im öffentlichen Diskurs“ und den damit verbundenen Aufstieg der Haider-FPÖ (Gehler 1995: 378).

Sozialistische (Sozialdemokratische) Partei Österreichs (SPÖ)

Auch die SPÖ weist in Sachen Antisemitismus zunächst Kontinuität auf: Wieder wurde das Verhältnis zu ihm machtstrategischen Überlegungen geopfert. In dieser Tradition steht etwa Theodor Körners *Märchen vom Antisemitismus in Wien* (1947): „Aus Briefen und Zeitungsproben der letzten Zeit entnehmen wir, dass in einigen Staaten in gewissen Kreisen die Meinung besteht, dass Österreich auch nach der Niederlage des Nationalsozialismus [...] noch immer dem Antisemitismus verfallen sei. [...] Es ist in Wien niemals zu antisemitischen Ausschreitungen jenes Umfanges gekommen, wie sie in anderen Ländern schon lange vor Begründung des Nationalsozialismus auf der Tagesordnung waren, denn der Wiener ist Weltbürger und daher von vornherein kein Antisemit. Antisemitische Tendenzen sind ihm auch jetzt vollkommen fremd. Erzählungen darüber sind bewusste Lügen oder gedankenloses Geschwätz.“ (Zit. n. Mitten 1995: 111) Während der Antisemitismus nach außen geleugnet wurde, wurde er gegenüber noch im Exil lebenden Genossinnen und Ge-

²⁹ Zuletzt versuchte Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im November 2000 dennoch – ausgerechnet im Interview mit der *Jerusalem Post* am Jahrestag der Reichskristallnacht – die Legende von Österreich als „erstem Opfer“ wieder aufzuwärmen (https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/chronik/339505_Schuessel-Oesterreich-war-erstes-Nazi-Opfer.html).

³⁰ Tatsächlich hatte vor Vranitzky schon Waldheim in seiner ORF-Rede zum 50. Jahrestag des Anschlusses eingestanden, dass „viele der ärgsten Schergen des Nationalsozialismus Österreicher waren. [...] Erwecken wir nicht den Eindruck, als hätten wir damit nichts zu tun.“ (Zit. n. Gehler 1995: 380)

nossen als Mittel verwendet, diese von einer Rückkehr abzuhalten: Die Verhältnisse seien noch zu instabil, und es bestehe die Gefahr, dass die SPÖ wieder als *Juden(schutz)truppe* erscheine (Amerongen 1977: 46).

Die Fortsetzung des opportunistischen Kurses gegenüber dem Antisemitismus nach 1945 personifizierte geradezu Bruno Kreisky, in dessen erstem Kabinett sich gleich fünf ehemalige Nazis, darunter ein ehemaliger SS-Untersturmführer (ebd.: 47 f.), befanden. Seinen Höhepunkt fand dieser Kurs in der Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975 f.³¹, in welcher es der Kanzler nicht unterlassen hatte, selbst auf der antisemitischen Klaviatur zu spielen (Böhler 1995: 510 ff.). Jene, die ihn kritisierten, wie etwa Paul Blau, blieben in der Minderheit; für die SPÖ-Mehrheit galt, was ihr Anton Pelinka 1976 ins Stammbuch schrieb: „Der Antifaschismus der SPÖ von heute ist ein taktisch motivierter.“ (Zit. n. Widhalm-Kaindl 1990) Er wurde immer nur dann in Anschlag gebracht, wenn es gegen die ÖVP ging, während die SPÖ-Granden von Kreisky abwärts über antisemitische Vorfälle in der FPÖ großzügig hinwegsahen. Für die politische Kultur Österreichs war dieses Agieren fatal: Ihm kommt eine gewisse Tabubecher-Funktion zu, und es trug maßgeblich dazu bei, „den Antisemitismus wieder salonfähig zu machen“ (Wodak et al. 1990: 321).

Die fehlende Sensibilität in den Reihen der Sozialdemokratie gegenüber dem Antisemitismus und seinen Opfern überdauerte also auch die Befreiung. Verstärkt wurde sie durch eine Faschismusanalyse, die der NS-*Judenpolitik* keinen nennenswerten Platz einräumte. Die SPÖ hat daneben nicht nur die Externalisierung des Nazismus und seiner Verbrechen sowie die österreichische Opferlegende maßgeblich mitgetragen, sondern auch ihren parteioffiziellen Anti-Antisemitismus immer wieder zugunsten von Machterhalt und Opportunismus geopfert (Reiter 2001: 45). Erst nach dem Wechsel in die Opposition war die SPÖ 2000 bereit, sich mit den *braunen Flecken* in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen. An das DÖW erging damals der Forschungsauftrag, diese am Beispiel des *Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen* (BSA) als Auffangbecken und Schutzraum für ehemalige, zum Teil stark belasteter Nazis aufzuarbeiten (Neugebauer/Schwarz 2004). In der Folge hatten antisemitische Äußerungen sozialdemokratischer Kader nicht länger den Nazismus und seine Verbrechen, sondern den Nahostkonflikt zum Motiv, wobei die propalästinensische Positionierung in der SPÖ älteren Datums ist.

Auch der politische Schwenk gegen Israel in den frühen 1970er Jahren ist mit der Person Kreiskys verbunden.³² Seine hohen Zustimmungswerte erklären sich nicht zuletzt mit seinen antiisraelischen Ausfällen: Damit „konnten die bei Österreichern latent vorhandenen Schuldgefühle und antisemitische Ressentiments kanalisiert werden, ohne dass sie dabei zwangsläufig unter Antisemitismusverdacht gerieten – dies galt umso mehr, als Kreisky ihnen durch sein politisches Gewicht, aber auch aufgrund seiner jüdischen Her-

³¹ Wiesenthal wurde, nachdem er die SS-Vergangenheit des FPÖ-Parteichefs Friedrich Peter öffentlich gemacht hatte, von Kreisky mit übelsten Unterstellungen bedacht.

³² Erst in den späten 1980er Jahren ist die SPÖ-Spitze wieder zu einer weniger parteiischen Position im Nahostkonflikt zurückgekehrt.

kunft, die Legitimität dazu lieferte“ (Reiter 2001: 395). Während des Libanonkonfliktes 1982 und danach verschärften SPÖ-Führungskader ihre Agitation gegen Israel. So unterstellte Josef Cap, der gerade am Sprung in den Parteivorstand war, Israel die „Bestrebung, die Palästinenser auszurotten“ (zit. n. Pfeifer 2007: 64). In der damals sozialistischen *Kärntner Tageszeitung* war zu lesen: „Wer in den letzten Tagen aufmerksam die Devisen-Tageskurse und den Goldpreis in den Zeitungen verfolgt hat, musste den Zusammenhang zwischen dem Libanon und der Wall Street erkannt haben. Und er sollte auch gemerkt haben, dass die jüdische Kriegsstrategie im Nahen Osten von der jüdischen Geld-Lobby im fernen Westen (sprich USA) diktiert wird.“ (Zit. n. ebd.: 64) Im Juli 1982 schrieb der damalige Bundesvorsitzende der *Jungen Generation*, Fritz Edlinger, an die jüdische *Gemeinde*: „Anstatt sich [...] durch billige und oberflächliche Appelle an das schlechte Gewissen bzw. die Verpflichtung zur Wiedergutmachung an die österreichische [...] Bevölkerung zu wenden, sollten Sie besser einmal genauer und kritischer die politische Entwicklung in dem von Ihnen mit unkritischer Verbissenheit verteidigten israelischen Staat ansehen.“ (Zit. n. ebd.: 66 f.) Edlinger, der die SPÖ zwischen 1997 und 2002 beim *Nahostkomitee* der *Sozialistischen Internationalen* vertrat, sorgte zuletzt 2005 mit der Herausgabe eines antisemitischen Machwerkes im einschlägigen *Promedia Verlag* für einen Skandal (ebd.: 67 f.).

Fünf Jahre davor erinnerte der SPÖ-Seniorenchef Karl Blecha an die antizionistischen Traditionen in der Partei: „Und man soll ja nicht vergessen, [...] wie man eine Reihe von Zusagen wieder zurückgenommen hat und die Welt sich dann im Klaren geworden ist [*sic*], dass Wortbrüche eine zionistische Tradition haben.“ Die zweite, islamistisch motivierte *Intifada*, die den Tod von möglichst vielen Jüdinnen und Juden zum Ziel hatte, nannte Blecha eine „großartige Reaktion eines Volkes“. Demgegenüber unterstellte er den „Zionisten, [...] in ganz Palästina einen exklusiven Judenstaat errichten“ zu wollen. Diese seien „Rassisten, und ihr Staat wurde zum Muster eines Unrechtsstaates der Rassendiskriminierung“.³³

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Als deutschnationale „Traditionspartei“ (Pelinka 2002: 288 ff.) repräsentiert die 1955/56 gegründete FPÖ bis heute auch und insbesondere antisemitische Kontinuitäten (Schiedel/Neugebauer 2002, Schiedel 2017). Diese werden gar nicht bestritten, etwa wenn Andreas Mölzer (2001: 115) darauf hinweist, dass der freiheitliche Weg im 19. Jahrhundert vom „humanistischen Nationsverständnis [...] bis hin zu Georg Ritter von Schönerer“ und schließlich in den Nazismus führte. Mölzer nennt neben dem *Landbund für Österreich* die *Großdeutsche Volkspartei* (GDVP) als Vorläuferpartei. Letztere schloss im Mai 1933 eine „Kampfgemeinschaft“ mit der NSDAP, aber schon lange davor propagierte auch sie einen rassistischen und bereits in den Massenmord weisenden Antisemitismus. Dieser war nicht einfach populistisches Beiwerk, sondern stellte

³³ <https://derstandard.at/439722/Israelitische-Kultusgemeinde-wirft-Blecha-schwere-Entgleisungen-vor>

den programmatischen Kern der GDVP dar. Im *Salzburger Programm* (1920) wird der innere Zusammenhang zwischen Antisemitismus und „Volksgemeinschaft“ betont, wenn Ersterer als die „negative Seite“ der Letzteren bezeichnet wird: Der Erhalt der Gemeinschaft gebiete die „Abwehr volksfremder, schädlicher Einflüsse und des Schutzes gegen Fremdkörper“ (zit. n. Berchtold 1967: 478). Der „Jude“ wird gleichgesetzt mit Individualismus, Eigennutz, Geschäftsgeist, die Arbeit sei ihm „ein Fluch“, und einen eigenen Staat könne er nicht erhalten, daher brauche er „einen fremden Körper, auf dem er wuchern kann“ (zit. n. ebd.: 478 f.). Er stehe nicht nur außerhalb der „Gemeinschaft“, sondern verhöhne auch „die Hingabe und Opferwilligkeit für die Gesamtheit als lebensfremden Idealismus“. Vor allem aber betreibe „der Jude“ systematisch die „Zersetzung des inneren Zusammenhaltes des Volkes“ (ebd.: 480). Aber nicht nur die „Deutschen“ seien bedroht: Entsprechend der antisemitischen Figur des *Juden* als über den nationalen Antagonismen stehenden „Dritten“, alle Identität auflösende Nicht-Identischen (Holz 2001: 542 ff.), proklamierte die GDVP, dass „der Jude“ alle „Völker“ beherrsche oder zu beherrschen versuche, indem er sie von innen her zersetze.

Die unmittelbare FPÖ-Vorläuferpartei *Verband der Unabhängigen* (VdU) hatte den Kampf gegen die Entnazifizierung und das Verbotsgesetz, von welchen ihre Mitglieder überdurchschnittlich betroffen waren, zu ihrem Hauptbetätigungsfeld gemacht. Über Jahrzehnte ihrer Geschichte schwieg sich die FPÖ zur Nazi-Barbarei aus, formale Bekenntnisse zur Demokratie erfolgten bezeichnenderweise „immer nur in Bezug auf den Kommunismus und nie in Bezug auf den Nationalsozialismus“ (Luther 1995: 140). Noch Jörg Haider leugnete den herausragenden Beitrag der Deutschnationalen und frühen Nazis zur Zerschlagung der Demokratie, stattdessen warf er ÖVP und SPÖ vor, „ihre geistigen Vorfahren“ hätten jene „politischen Zustände geschaffen“, die „für viele den Anschluss 1938 als etwas Wünschenswertes erscheinen ließen“. (Haider 1993: 114) Seit Haiders 1985 beginnender Obmannschaft und bis in die jüngste Vergangenheit sind die parteioffiziellen Verlautbarungen zum Nazismus und seinen Verbrechen größtenteils als deren „Relativierungsversuche“ zu werten (Luther 1995: 147). Während Haider – wie 1995 in Krumpendorf – ehemalige Nazis und SS-Männer noch als „anständige Menschen [...], die einen Charakter haben, die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind“, bezeichnete (zit. n. Bailer/Neugebauer 1997: 70), hat dieses Milieu heute an Relevanz verloren. Dementsprechend selten wurden solche skandalösen Würdigungen der Täter des nazistischen Angriffs- und Vernichtungskrieges – zumindest außerhalb des zwischen 1951 und 2018 erschienenen „freiheitlichen Magazins“ *Die Aula*, dem Zentralorgan der deutschvölkischen Korporiertenszene.

Mehr als in Deutschland weist der völkisch korporierte Antisemitismus in Österreich eine Kontinuität über 1945 hinaus auf. Sogar von korporierter Seite wird beklagt, dass noch heute „ein beträchtlicher Teil der Burschenschaften in Österreich“ in der „>ostmärkischen< Tradition des biologistisch begründeten Volkstums“ steht und „meint, solcherart – im Gegensatz zu seinen >liberalen< Gegnern in der Deutschen Burschenschaft – der Hüter der einen Lehre zu sein“. (Cerwinka 2006: 16) Tatsächlich verteidigten österreichische

Burschenschafter den *Arierparagrafen* auch nach 1945.³⁴ In den 1960er Jahren rühmten sich Verbindungen, „die jüdischen Elemente entfernt“ zu haben oder „seit 1882 judenrein“ zu sein (zit. n. Peham 2014). Der *Pauk-Comment* der Wiener pennalen Waffenstudenten legte Mitte der 1960er Jahre in § 4 fest: „Genugtuungsfähig auf Schläger ist jeder ehrenhafte arische Mensch.“ (Zit. n. ebd.) Und die Burschenschaft *Suevia* argumentierte noch 1960 stellvertretend für das *Ostmarkkartell* gegenüber deutschen Waffenbrüdern vom *Roten Verband*: „Wir müssen [...] betonen, daß es für die Deutsche Burschenschaft in Österreich unmöglich ist, Nichtdeutsche aufzunehmen. Wir [...] stehen auf dem allein burschenschaftlichen Standpunkt, daß somit auch der Jude in der Burschenschaft keinen Platz hat.“ (Zit. n. Gehler 1995a: 243) Angesichts eines derartigen Standpunktes überrascht es kaum, wenn auch einmal Taten folgen. So verwüsteten im November 1961 zwei (ehemalige) Burschenschafter den jüdischen Friedhof in Innsbruck. Einer der Täter zwängte seinen Antisemitismus zuvor in holprige Reimform: „...der einzige Feind, den es Wert ist zu hassen/und unter Umständen auch zu vergasen/ist doch der ewige Jude, der heute/wie früher die dummen, weil ehrlichen Leute bestieht/und uns allen die Frischluft wegsaugt/nicht ahnend, dass er nur zum Einheizen taugt./Die Zeit wird bald kommen, darauf ist Verlass/dass man ihn zum letzten Mal setzt unter Gas./Dann werdet auch Ihr, trotz Aktiven-Allüren,/das Feuer von Auschwitz behüten und schüren./Wir werden, wenn auch ohne Mütze und Band,/die Gasöfen füllen bis an den Rand.“ (Zit. n. Peham 2014)

Zum Ärger seiner korporierten *Waffenbrüder* versuchte Haider Ende der 1990er Jahre, die FPÖ vom rechten Rand wegzuführen.³⁵ Dennoch sorgte er weiterhin mit antisemitischen Untergriffen und Andeutungen für Aufregung. 2001 griff er Ariel Muzicant, den damaligen Präsidenten der *Israelitischen Kultusgemeinde* (IKG), in einer Rede an: Er frage sich, „wie einer, der Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben“ könne (zit. n. Rosenberger/Stöger 2002: 84). Schon unmittelbar davor hetzte Haider bei einer Wahlkundgebung in Wien-Oberlaa: „Der Häupl hat einen Wahlkampfstrategen, der heißt Greenberg [lautes Lachen im Saal]. Den hat er sich von der Ostküste einfliegen lassen! Liebe Freunde, ihr habt die Wahl, zwischen Spinddoctor Greenberg von der der Ostküste oder dem Wienerherz zu entscheiden!“ (Zit. n. Mitten 2002: 129)

Wie wenig sich auch nach 2005 und trotz anders lautender Bekenntnisse in der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft verändert hat, wurde Anfang 2018 im Skandal um die antisemitischen Burschenschafter-Liederbücher³⁶ deutlich. Allen öffentlichen Distanzierungen der Parteioberen zum Trotz: Der (codierte) Anti-

³⁴ Noch 1994 bekräftigten die Mitgliedsbünde der Deutschen Burschenschaft in Österreich, dass man „Fremdrassigen – d. h. jenen, die offensichtlich nicht der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft angehören“ keine „Genugtuung“ geben wolle (zit. n. Weidinger 2012: 144).

³⁵ Nachdem er Anfang 2005 endgültig erkennen musste, dass für diesen Kurs Richtung politische Mitte innerparteilich keine Mehrheit zu finden war, spaltete sich Haider gemeinsam mit fast allen Mitgliedern des FPÖ-Klubs im April mit dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) ab.

³⁶ <https://www.falter.at/archiv/wp/schwere-vorwurfe-gegen-spitzenkandidaten-der-fp-niederoesterreich>,
https://www.vice.com/de_at/article/evmgn4/wir-haben-das-liederbuch-der-germania-gelesen-damit-ihr-es-nicht-tun-musst,
<https://www.falter.at/archiv/wp/neues-liederbuch-mit-antisemitischen-texten>

semitismus ist nicht nur Beiwerk der Agitation, sondern strukturell auch in der Programmatik – und hier vor allem im 2011 wieder in das FPÖ-Parteiprogramm aufgenommene Bekenntnis zur (deutschen) „Volksgemeinschaft“ – eingeschrieben. Mit ihren demonstrativen Solidaritätsbekundungen zu Israel und seiner Sicherheit versucht die FPÖ aber seit 2010, von dieser Tatsache und den zahllosen antisemitischen „Einzelfällen“ abzulenken. Jedoch ist der Nachweis, dass zwischen völkischen (antisemitischen) Traditionen und prozionistischen Bekundungen kein Widerspruch bestehen muss, leicht zu erbringen.

Rund um die Gedenkfeiern zur Befreiung vom Nazismus verstärkte sich 2018 die Kritik an der FPÖ, die einerseits der jüdischen Opfer gedenke und es andererseits zulasse, dass etwa in der *Aula* offen antisemitische Hetze betrieben wird. Nach jahrelanger schweigender Zustimmung zu den Inhalten der *Aula*, die die FPÖ auch mittels Inserate unterstützte, musste die Parteispitze die Notbremse ziehen und dem Blatt die Hilfe entziehen – womit das rechtsextreme Blatt endlich Geschichte war. Der späte Bruch mit dem offenen Antisemitismus und die schon 2010 einsetzende proisraelische Umorientierung der FPÖ verlangte dieser eine innerparteiliche Frontbegradigung ab, der auch hohe ParteifunktionärInnen zum Opfer fielen.³⁷

Der Antisemitismus in der FPÖ stellt heute ein Paradebeispiel eines „Antisemitismus ohne [bekennende, Anm. A. P.] Antisemiten“ (Bernd Marin) dar. Nach Auschwitz will kaum noch jemand antisemitisch sein, und auch im Falle der Freiheitlichen werden die eigenen Ressentiments verleugnet. Kein namhafter Angehöriger des FPÖ-Kaders wollte etwa 2012 in der von Parteichef Heinz-Christian Strache auf *Facebook* übernommenen Karikatur eines *Banksters* mit jüdischer Hakennase und Davidsternen am Sakko etwas Antisemitisches erkennen (Peham 2012). Und so fand auch kein Freiheitlicher, dass der im Frühsommer 2017 bekannt gewordene Kelsen-Kohn-Kalauer des NAbg. Johannes Hübner³⁸ etwas mit Antisemitismus zu tun habe. Auch Straches viel gelobte Rede am Akademikerball 2018 bedeutete keinen Bruch mit der Vergangenheit. Ganz im Gegenteil, trotz der gegenteiligen historischen Realität behauptete er, dass „Antisemitismus, Totalitarismus, Rassismus“ im „Widerspruch zum burschenschaftlichen Gedanken“ stünden.³⁹ Wer verschweigt, dass die Burschenschaften gerade in der Ostmark zur Avantgarde des rassistischen Erlösungsantisemitismus wurden, und gar wie Strache behauptet, das „freiheitliche Lager“ habe seit jeher „totalitäre Systeme“ bekämpft, bleibt in seiner Distanzierung unglaublich: Wie soll auch eine Distanzierung von etwas möglich sein, das es ja ohnehin nicht gab?

³⁷ Allen voran ist hier Susanne Winter zu nennen: Obwohl sie aus ihren antisemitischen Positionen nie einen Hehl gemacht hatte, musste sie erst im Herbst 2015 die FPÖ verlassen. Der dafür angegebene Grund – Winter stimmte einem Posting zu, in dem „zionistische Geldjuden“ als Verursacher der Flüchtlingskrise genannt wurden – überrascht insofern, als diese Behauptung zum Standardrepertoire freiheitlicher Publizistik gehört. Aber im Gegensatz zu Winter weiß man, dass in der Hetze auf die Nennung des Reizwortes Jude zu verzichten und stattdessen auf „Spekulanten“ wie George Soros zu verweisen ist. Zuletzt „entlarvte“ FPÖ-MEP Harald Vilimsky im Sommer 2016, „auf wen der Spekulant im Europaparlament zählt“.
(<http://www.fpoe.eu/george-soros-auf-wen-der-spekulant-im-europaparlament-zaehlt/>)

³⁸ <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/juli-2017/causa-huebner-reaktionen-und-offene-fragen>

³⁹ <https://derstandard.at/2000073118675/Akademikerball-Demo-ohne-Zwischenfaelle-Strache-Wir-sind-keine-Opfer-keine>

Dem alten Muster blieb Strache auch in seiner Verurteilung des Nazismus treu: Sie kommt ihm auch 2018 offenbar nur über die Lippen, wenn er im gleichen oder nächsten Atemzug das „Not und Elend der“ – natürlich *deutschen* – „Zivilbevölkerung“ oder „die Plünderungen und Vergewaltigungen“, unter denen dieselben zu leiden gehabt hätten, beklagen kann. So zuletzt geschehen am 8. Mai 2018 bei der offiziellen Republikfeier im Bundeskanzleramt.⁴⁰

Auch der Versuch des Wiener FPÖ-Landtagsabgeordneten Udo Guggenbichler, mit dem Antisemitismus zu brechen, ging daneben. Unter dem Titel *Korporationen und Antisemitismus* wollte er das Problem am 21. April 2015 mit einer Presseerklärung aus der Welt schaffen.⁴¹ Jedoch weigert sich Guggenbichler bis heute, die „prominenten Vertreter“ des freiheitlichen Korporiertenmilieus, welche die Erklärung angeblich unterzeichnet hätten, zu nennen. Aus gutem Grund: Nicht einmal alle korporierten FPÖ-Nationalratsabgeordneten waren zur Unterschrift bereit. Aber schon die Erklärung selbst ist wenig geeignet, die Glaubwürdigkeit der Distanzierung zu heben: So wird etwa behauptet, dass „bei der Entstehung der Korporationen oft Juden maßgeblich mitgewirkt“ hätten – ohne dazuzusagen, dass diese schon ab den 1870er Jahren aus ihren Verbindungen geekelt wurden. Anstatt sich zur eigenen Rolle in der Wegbereitung und Umsetzung des nazistischen Vernichtungs- und Erlösungsantisemitismus zu bekennen, wird kurzerhand behauptet, „Juden“ und völkisch Korporierte würden „auch heute noch gemeinsame Werte vertreten“. Anstatt die Hege- monie dieser extremsten Form des Antisemitismus im burschenschaftlichen Milieu Anfang des 20. Jahrhunderts selbstkritisch einzuräumen, spricht Guggenbichler nur von „antisemitischen Bekundungen einzelner Mitglieder, Korporationen oder Verbände, die in der Vergangenheit getätigt wurden“.

Seit 2010 sucht die FPÖ die Nähe zu Rechtsaußen-Kräften in Israel, was ihr zum Teil bereits gelungen ist. Entgegen der voreiligen Annahme, dass mit dem proisraelischen Kurswechsel der FPÖ auch ihr Antisemitismus überwunden sei, sei grundsätzlich an die Möglichkeit erinnert, dass ein „positiveres Israelbild [...] keine Meinungsänderung über >die Juden<“ bewirken muss: „Für die meisten Österreicher scheinen >die Israelis< eine Art >nicht-jüdischer Juden<, gleichsam eine weitere und auf eine nationale Ebene erweiterte Kategorie des immer schon tolerierten >Ausnahme-Juden< zu repräsentieren.“ (Marin 1979, 128) Tatsächlich stellte schon der deutschsprachige Rechtsextremismus in den 1950er und 1960er Jahren unter Beweis, dass es möglich ist, sich für Israel zu begeistern und starkzumachen und gleichzeitig antisemitische Ressentiments zu pflegen. Dazu musste die jüdische Fremdgruppe nur gespalten werden: Hier die *Muskeljuden*, die sich schaffend ans große Aufbauwerk machen, dort die kosmopolitischen *Zersetzungsdenker* und die *internationale Hochfinanz*, die überall auf der Welt nationale oder religiöse Gemeinschaft bedrohten.

⁴⁰ *profil* 20/2018, S. 21

⁴¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150421_OTS0184/udo-guggenbichler-korporationen-und-antisemitismus

Haben Freiheitliche mit ihren Aussagen zum Nazismus und seinen Verbrechen in der Vergangenheit immer wieder für Skandale gesorgt – zuletzt meinte 2010 der steirische Landtagsabgeordnete Gunter Hadwiger, am „Nationalsozialismus“ sei „nicht wirklich alles schlecht“ gewesen⁴² –, so hält sich zumindest die Führungsschicht der Partei heute diesbezüglich zurück. Im korporierten Vorfeld wird jedoch nach wie vor NS-Apologie und Geschichtsklitterung betrieben. Der FPÖ-Spitze ist im Feld der Vergangenheitspolitik aber ein Schwenk weg vom geforderten *Schlussstrich* hin zu einer Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit und -Verbrechen, einer „*holocaust inversion*“ zu attestieren (Stögner 2016). Vor allem im Umgang mit politischen GegnerInnen greifen Freiheitliche heute gerne auf die NS-Verbrechen zum Zweck der Diffamierung und Täter-Opfer-Umkehr zurück (Luther 1995: 160). So etwa Nationalratsabgeordneter Werner Neubauer, der KritikerInnen („gesinnungsterroristisch eingestellten >Gutmenschen<“) an den rechtsextremen Verstrickungen österreichischer *deutscher* Burschenschaften vorwarf, sie würden sich mit „derart undemokratischen Forderungen“ (nach einem Entzug der Nutzungsbewilligung von Universitätsräumlichkeiten, Anm. A. P.) „auf ein Niveau der Geisteshaltung der Nazis vor 70 Jahren [begeben], die mit ihrer Forderung >Kauft nicht bei Juden< diese Argumentation vorgaben.“⁴³ Oder Strache, der 2012 am umstrittenen Ball des *Wiener Korporationsringes* die Gegenproteste mit der „Reichskristallnacht“ und die Burschenschafter mit „Juden“ verglich.⁴⁴

Schließlich ist die Sozialdemagogie der FPÖ nicht frei von (codiertem) Antisemitismus. Die Partei inszeniert sich seit 2005 als *soziale Heimatpartei*, gleichzeitig vertritt sie aber eine (neo-)liberale Wirtschaftspolitik. Freiheitliche kritisieren nicht die sozioökonomischen Verhältnisse, sondern schüren die Ressentiments der Unzufriedenen und dauernd Zukurzgekommenen. Schuld an der Misere seien (mächtige) Personen und deren moralische Verkommenheit, z. B. „raffgierige Bankmanager“⁴⁵, das „internationale Spekulanten-tum[.]“⁴⁶ oder – noch deutlicher – die „Zocker von der Ostküste“⁴⁷. Die realen Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit werden dabei auf eine andere (imaginäre) Ebene verschoben und durch das Gegensatzpaar *Arbeit* und *Nichtarbeit* ersetzt. Implizit an die antisemitische Unterscheidung zwischen *schaffendem* und *raffendem* Kapital anknüpfend wird eine Gemeinschaft der Produktiven („Fleißigen und Anständigen“) gegen *Bonzen* und *Parasiten* konstruiert. In sozialdemagogischen oder -populistischen Diskursen, die leider nicht auf die extreme Rechte beschränkt sind, kämpft man nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen seine angeblichen Auswüchse, was durch Beiwörter wie *Casino-* oder *Wall-Street-* deutlich gemacht werden soll. Die Wut wird von den Verhältnissen weggelenkt und gegen untereinander verschworene *Kapitalisten* gerichtet, wobei diese gerne auch bildlich als Insekten oder Schädlinge dargestellt werden. Strache empörte sich etwa, dass die Bank des *Österreichischen Gewerkschaftsbundes* von diesem „an Heuschreckenkapitalisten“

⁴² *Kleine Zeitung*, 28. 9. 2010

⁴³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090301_OTS0017/fpoe-neubauer-linke-angriffe-auf-verfassungsrechte

⁴⁴ *Der Standard*, 30. 1. 2012

⁴⁵ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090415_OTS0218/vilimsky-zu-krugman-fpoe-warnungen-und-lageeinschaetzung-be-staetigt

⁴⁶ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120705_OTS0112/fpoe-strache-oesm-statt-esm-naechste-wahl-wird-zur-volksabstimmung

⁴⁷ *Kurier*, 23. 1. 2011

und damit „jene Art von Vertretern des Raubtierkapitalismus, gegen die eine Gewerkschaft eigentlich auftreten sollte“, „verschachert“ worden sei.⁴⁸

Auch die Behauptung einer systematischen und verschwörerischen *Umvolkung* zum Zwecke der leichteren Beherrschbarkeit der in lauter Individuen zerfallenden *Gemeinschaft* ist fixer Bestandteil antisemitischer Diskurse – die von Klubchef Johann Gudenus jüngst dazu vorgebrachten „stichhaltigen Gerüchte“⁴⁹ sind aus der FPÖ-Agitation nicht wegzudenken. Im völkischen Schreckensszenario bewahrt nur das homogen gefasste Eigene vor einer globalisierten Welt, demnach gelte es laut *Neuer Freier Zeitung* „die von den Welteinheitsvorbetern gar nicht gern gesehene Heimatliebe“ zu pflegen. Gerade das deutsche Volk, zu dem man sich selbst zählt, weigere sich unterzugehen, obwohl es „von seinen Besiegern nach einem verheerenden Weltenbrand der Vergessenheit zgedacht“ gewesen sei.⁵⁰

In der Öffentlichkeit versucht man seitens der FPÖ demgegenüber seit ein paar Jahren, sich als frei von jedem Antisemitismus, ja, sich als Verbündeter im Kampf gegen den antisemitischen Islamismus darzustellen. Dieser wird zur einzigen Bedrohung für Jüdinnen und Juden stilisiert, der Antisemitismus in den eigenen Reihen verleugnet. Darum hat der freiheitliche Fingerzeig auf den Antisemitismus von *Moslems* so viel von Projektion: Was FPÖ-Kader bei sich und ihresgleichen verleugnen, verfolgen sie bei den Muslimen. Sie lügen also mit der Wahrheit, der tatsächlichen Existenz eines islamisierten Antisemitismus (Schiedel 2017).

Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)

Auch KommunistInnen, die den höchsten Blutzoll im Kampf um die Unabhängigkeit der Republik bezahlt haben, waren und sind nicht frei von Antisemitismus – dessen Verurteilung gleichzeitig zum „antifaschistischen Argumentationsrepertoire“ gehörte (Reiter 1995: 177). Entsprechend dem kommunistischen Faschismusbegriff, in dem kein Platz für die Singularität des Nazismus und der Shoah war, wurde das Thema in der KP-Publizistik bis in die 1960er Jahre fast vollständig ausgespart. Margit Reiter bilanzierte 1995, dass die Shoah „in der politischen und historischen Analyse der KPÖ bis in die jüngste Zeit keinen nennenswerten Stellenwert eingenommen hat“. (Ebd.: 180) Auch bezüglich einer Wiedergutmachung war die Haltung der KPÖ zunächst höchst ambivalent: Einerseits wollte man sie zum „Prüfstein“ für die Ernsthaftigkeit des Antifaschismus machen, andererseits agitierte man gegen Entschädigungszahlungen von „Finanzmagnaten“ (ebd.: 181 f.). Als „Akt der reinen Anbiederung“ an ehemalige Nazis ist die Initiierung und aktive Unterstüt-

⁴⁸ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20061215_OTS0061/strache-oegb-verschachert-bawag-an-heuschreckenkapitalisten

⁴⁹ <https://orf.at/v2/stories/2435024>

⁵⁰ *NFZ* 33/2012, S. 12

zung der *Nationalen Liga – Bund Schaffender Österreicher*⁵¹ unter dem Ex-SS-Mann Adolf Slavik zu werten (ebd.: 183). Diese kurze Episode – die Liga existierte zwischen 1950 und 1955 – zeigt, wie sehr sich „die Skrupel der KPÖ vor einer Kooperation mit ehemaligen Nationalsozialisten, zumindest in diesem Fall, in Grenzen hielten“. (Ebd.: 184)

Im August 1947 kam es nach Rationierungen von Milchzuteilungen zu einer „spontanen“, tatsächlich jedoch von der lokalen KPÖ organisierten Demonstration vor dem Bad Ischler Rathaus. KP-Funktionäre hielten Protestreden, in welchen sie die jüdischen Überlebenden oder Displaced Persons (DP) für die schlechte Ernährungslage verantwortlich machten. Bald wurden antisemitische Parolen gerufen und die in Ischl untergebrachten Überlebenden kollektiv als „Schleichhändler“ denunziert. Die aufgebrachte Menge zog daraufhin zu dem Hotel, in welchem die DPs untergebracht waren, und zerstörte mit Steinwürfen mehrere Fensterscheiben. Nach etwa drei Stunden konnte die Zusammenrottung von der lokalen Gendarmerie ohne Einsatz von Gewalt aufgelöst werden. In der jüdischen Zeitschrift *Der Neue Weg* vom September 1947 berichtete ein Zeuge: „Unter Geschrei und Gejohle, drohendem Fäusteschütteln und wilden Schmährufen zog die Menge [...] vor das Hotel Kreuz. >Schlagt die Juden tot!<, >Hängt die Saujuden auf!< ertönt es in stereotyper Wiederholung. [...] Eine der Frauen schrie vor dem Amt: >Ersäuft die Saujuden!< und >Heil Hitler!<, nachher aber vor dem Hotel Kreuz, schrie sie ebenso eifrig die Worte <Hoch Stalin!<“. Kurz nach der Demonstration wurden fünf Ischler KommunistInnen und ein ehemaliger Nationalsozialist, die an den Unruhen beteiligt waren, verhaftet und in der Folge von einem US-amerikanischen Militärgericht in Linz verurteilt. Die KPÖ begann daraufhin, eine antisemitisch unterfütterte Kampagne gegen die Urteile im *Ischler Milchprozess* zu führen (Schiedel 2006).

Auch die Kampagnen der *Bruderparteien* gegen *Kosmopoliten*, *Intellektuelle*, *Zionisten* usw., die in *Säuberungsprozessen* gipfelten, trug die KPÖ mit. Erst nachdem 1968 eine solche Kampagne in Polen in offenen Antisemitismus umgeschlagen war, sah sich die Partei gezwungen, sich zu positionieren. Die Debatte endete 1969 mit einer Resolution, in welcher „entschieden gegen den Antisemitismus, der in der Arbeiterbewegung und vereinzelt auch in unserer Partei vorkommt“, Stellung bezogen wurde (zit. n. Reiter 1995: 188). Schon 1965 wurde Leopold Spira im Theorieorgan *Weg & Ziel* Platz für eine umfassende historische Analyse des „Antisemitismus in Österreich“ eingeräumt. Die selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in den eigenen Reihen unterblieb jedoch weiterhin. Erst Ende der 1990er Jahre, nachdem sich die Partei (außerhalb der Steiermark) von ihren letzten stalinistischen Einsprenkelungen befreit hatte, begann eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Antisemitismus (Grigat 1998). Im Umfeld der KPÖ und unter universitären (autonomen) Linken setzte damals eine intensive Beschäftigung mit dem Verhältnis der (radikalen) Linken zum Antisemitismus und zu Israel ein. Dabei gelang es, den szeneeigenen Antizionismus,

⁵¹ Schon der Name verweist auf den Antisemitismus hinter dem Unterfangen: Als *schaffend* bezeichneten Antisemiten seit dem späten 19. Jahrhundert die *Deutschen* und das *deutsche Kapital* – in Abgrenzung zum *raffenden Juden* und *jüdischen Kapital*.

wie er etwa von der *Antiimperialistischen Koordination* (AIK) vertreten wird⁵², in die Schranken zu weisen. Diesem Engagement ist es auch zu verdanken, dass antisemitische Kampagnen wie *Boycott – Divestment – Sanctions* (BDS), die Israel als „Apartheitsstaat“ denunzieren, in Österreich bis dato nicht reüssieren konnten. Aber auch die ausgeprägte Israelfeindschaft innerhalb der parteiförmigen Linken wurde in den letzten Jahren problematisiert, offen antizionistische Positionen konnten zunehmend an den Rand gedrängt werden. Jedoch zeigt sich bei jeder neuerlichen Eskalation des Nahostkonfliktes, wie schnell Linke wieder in alte Traditionen zurückfallen können.

Ausblick

Bis heute besteht in der österreichischen Bevölkerung „eine Art Reservoir von Stereotypen und Vorurteilen“ antisemitischer Natur (Mitten 2002: 94). Dass dieses Reservoir zu Mobilisierungszwecken wieder genutzt wird oder sich die Stereotype in Krisenzeiten wieder zu paranoiden Angriffshaltungen verdichten, kann nicht ausgeschlossen werden.

Nach allen Studien, die Wahlverhalten und Antisemitismus in Zusammenhang bringen, ist das freiheitliche Elektorat deutlich antisemitischer als jenes der ÖVP; geringste Antisemitismuskennwerte weisen WählerInnen von SPÖ und *Grünen*⁵³ auf (ebd.: 112). Es ist also von einer ausgeprägten Wirksamkeit des Verhaltens der politischen Eliten auf die Einstellungen der ihnen jeweils anhängenden oder vertrauenden Bevölkerungsteile auszugehen. Gleiches gilt für die Medien, die heute vor allem aufgrund ihrer einseitigen (antiisraelischen) Berichterstattung über den Nahostkonflikt in der Kritik stehen. Auch sie gilt es an ihre Verantwortung für die Entstehung, aber auch die Bekämpfung antisemitischer Ressentiments zu erinnern.

Wird der Antisemitismus – wie viel zu lange geschehen – tabuisiert und geleugnet oder immer nur bei den jeweils anderen (den Rechten, den Linken, den Muslimen usw.) kritisiert, fehlen die notwendigen Grund-

⁵² <http://www.gegendenantisemitismus.at/00012003.php>

⁵³ Auch die Grünen kamen wiederholt im Zusammenhang mit Antisemitismus in die Schlagzeilen. So hat etwa die Grüne Bildungswerkstatt Wien im August 2002 im Rahmen einer Diskussion über den „Krieg im Heiligen Land“ der wütenden Antizionistin Felicia Langer ein Podium geboten, um ihren Hass auf Israel auszubreiten. Die Landtagsabgeordnete Susanne Jerusalem zeigte schon Ende 2001 keine Berührungängste gegenüber antiimperialistischen Gruppen und unterzeichnete deren Brief an die Israelitische Kultusgemeinde (IKG). Dort wird der IKG vorgeworfen, sie hätte in ihrer Zeitschrift *Die Gemeinde* „jedwede Kritik“ an Israel als „antisemitisch gebrandmarkt“. Es sei zu „befürchten, dass die Vorgangsweise Ihrer Publikation, anstatt Antisemitismus zu verhindern, im Gegenteil dazu beiträgt, die Herausbildung eines unbefangenen und vorurteillosen Umgangs der österreichischen Bevölkerung mit dem Judentum und den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu erschweren“. (Zit. n. Pfeifer 2002) 2012 sorgten die Wiener Grünen mit der Veröffentlichung eines antisemitischen Sujets für Aufregung: Das Freihandelsabkommen CETA wurde als Krake, die ihre Arme um den Globus breitet, dargestellt – eine (unbewusste?) Nachbildung unzähliger antisemitischer Karikaturen. Und im Sommer 2018 wurde Peter Pilz in (unbewusster?) Parallele zu NS-Propaganda als „Giftpilz“ denunziert. Dass auch er sich nicht scheut, auf der antisemitischen Klaviatur zu spielen, bewies Pilz im Wahlkampf 2017 mit seiner Forderung, Österreich „silbersteinfrei“ zu machen. Auf die Problematik solcher Polemik mit jüdischen Namen hingewiesen, reagierte Pilz uneinsichtig: Es sei ja auch nicht „antitschechisch“, wenn er fordere, Österreich müsse „sobotkafrei“ werden (<http://derstandard.at/2000065616803/Kritik-an-Pilz-der-Oesterreich-Silberstein-frei-machen-willl>).

voraussetzungen für seine Bekämpfung. Deren Möglichkeiten liegen „primär in der Bildung, vor allem in der qualitativen Verbesserung des Bildungsniveaus“ (Weiss 1987: 114). Es ist aber weniger die Akkumulation von Fakten, die präventiv wirken kann, sondern vor allem eine umfassende Bildung im aufklärerischen oder humanistischen Sinne. Zuletzt bleibt die Repression: Gerade gegenüber AntisemitInnen, also jenen, die „in einem gewissen Sinn verhärtet, nicht eigentlich der Erfahrung offen sind“, kann und soll „auf Autorität nicht verzichtet werden“. (Adorno 1964: 91) Die Geschichte der Ersten Republik und jene von deren Nachgeborn gegenüber dem Antisemitismus verweist auf die Bedeutung der staatlichen (juristischen) Reaktionen. Der Repression kommt aber vor allem symbolischer Charakter zu: Entschiedene Reaktionen der staatlichen Autoritäten zeigen den AntisemitInnen, „dass das einzige, was ihnen imponiert, nämlich wirklich gesellschaftliche Autorität, einstweilen denn doch noch gegen sie steht“. (Ebd.)

LITERATUR

Adorno, Theodor W. (1950):

Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a. M. 1995

Ders. (1964):

Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Das Argument 6(29), S. 88–104

Aicher, Martina (2012):

Deutsche Gemeinschaft (Österreich). In: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen. Berlin/Boston, S. 150 f.

Amerongen, Martin von (1977):

Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart. Graz

Arendt, Hannah (1955):

Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Frankfurt a. M. 1962

Bailer, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang (1997):

Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich. Berlin

Berchtold, Klaus (1967):

Österreichische Parteiprogramme 1886–1966. Wien

Bergmann, Werner (2002):

Geschichte des Antisemitismus. München

Ders. (2004):

Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bundesministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Berlin S. 25–55

Botz, Gerhard (1976):

Gewalt in der Politik. München 1976

Ders. (1987):

Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung. In: Diner, Dan (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt a. M. 1987, S. 141–152

Ders. (2000):

„Ausmerzungen“: Von der Ächtung zur Vernichtung. In: Marin, Bernd: Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder. Unveränderte Neuauflage früherer Analysen 1974–1979 und Umfragen 1946–1991. Frankfurt a. M./New York, S. 33–104 f.

Ders. (2008):

Von der „Volksgemeinschaft“ zur „Verfolgungsgemeinschaft“. Online: <https://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/367689/Von-der-Volksgemeinschaft-zur-Verfolgungsgemeinschaft>

Ders. (2012):

Simon Wiesenthals Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte des österreichischen Nationalsozialismus. In: DÖW (Hg.): Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Wien, S. 169–199

Böck, Susanne (1995):

„Kühl bis ans Herz hinan“? Das ambivalente Verhältnis der österreichischen Sozialdemokratie zu den Juden 1880–1950. In: Jüdisches Museum der Stadt Wien (Hg.): Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen. Wien, S. 272–283

Böhler, Ingrid (1995):

„Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.“ Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975. In: Gehler, Michael; Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur, S. 502–531

Boyer, John W. (2010):

Karl Lueger. Christlich-Soziale Politik als Beruf. Wien 2010

Cerwinka, Günter (2006):

„Sie (die ‚Klerikalen‘) stehen ja nicht einmal in der Judenfrage auf unserem Standpunkt“. „Juden-“ und „Klerikalenfrage“ in den Konventsprotokollen der Grazer Burschenschaft Allemannia 1919/20. Graz

Claussen, Detlev (1987):

Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt a. M. 1994

Diner, Dan (2004):

Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus“. In: Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznaider, Nathan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt a. M., S. 310–329

Eppel, Peter (1980):

Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Wien u. a.

Fleck, Christian; Müller, Albert (1992):

Zum nachnazistischen Antisemitismus in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 3(04), S. 481–514

Gehler, Michael (1995):

Die Affäre Waldheim: Eine Fallstudie zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den späten achtziger Jahren. In: Ders./ Sickinger ... a. a. O., S. 355–414

Ders. (1995a):

Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in Österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis in die jüngste Zeit. In: Werner Bergmann, Werner et al. (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M./New York, S. 236–266

Greive, Hermann (1983):

Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland. Darmstadt

Grigat, Stephan (1998):

„Bestien in Menschengestalt“: Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken. In: Weg & Ziel. Heft 2, S. 5–11

Grundmann, Regina (2015):

„Christlicher Antisemitismus“. August Rohlings Hetzschrift Der Talmudjude. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 24. Berlin, S. 33–62

Hagemeister, Michael (2017):

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ vor Gericht. Zürich

Haider, Jörg (1993):

Die Freiheit, die ich meine. Frankfurt a. M./Berlin

Hamann, Brigitte (1996):

Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators. München

Hauer, Nadine (1985):

Judenstein. Legende ohne Ende? Salzburg

Häusler, Wolfgang (1974):

Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus. In: Drabek, Anna et al.: Das österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte. Wien/München, S. 83–140

Heer, Friedrich (1967):

Gottes erste Liebe. München

Hein, Robert (1984):

Studentischer Antisemitismus in Österreich. Wien

Holz, Klaus (2001):

Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburg

Horkheimer, Max (1939):

Die Juden und Europa, in: Dubiel, Helmut; Söllner, Alfons (Hg.): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942. Frankfurt a. M. 1981, S. 33–53

Hudal, Alois (1937):

Die Grundlagen des Nationalsozialismus. Leipzig/Wien

Jacobs, Jack (1994):

Sozialisten und die „jüdische Frage“ nach Marx. Mainz

Kampe, Norbert (1988):

Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus. Göttingen

Kasemir, Gerard (1995):

Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965. In: Gehler/Sickinger ... a. a. O., S. 486–501

Kienzl, Lisa (2014):

Nation, Identität und Antisemitismus. Göttingen

Klamper, Elisabeth (2008):

Antisemitismus – ein Ritual der Emanzipation? In: DÖW (Hg.): Jahrbuch 2008. Schwerpunkt Antisemitismus. Wien, S. 31–45

Knight, Robert (1988):

„Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen.“ Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden. Frankfurt a. M.

Königseder, Angelika (2005):

Antisemitismus 1933–1938. In: Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938. Wien/Münster, S. 54–65

Langmuir, Gavin I. (1987):

Toward a Definition of Antisemitism. In: Fein, Helen (Hg.): The Persisting Question. Sociological Perspectives and Contexts of Modern Antisemitism. Berlin/New York, S. 86–127

Lichtblau, Albert (1995):

Differenzen und Gemeinsamkeiten des „modernen Antisemitismus“ in Berlin und Wien bis 1914. In: Böhler, Ingrid; Steininger, Rolf (Hg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1993. Innsbruck, S. 261–271

Ders. (2009):

Antisemitismus 1900–1939. Phasen, Wahrnehmungen und Akkulturationseffekte. In: Stern, Frank; Eichinger, Barbara (Hg.): Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Wien u. a., S. 39–58

Luther, Richard (1995):

Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung: Nazivergangenheit, Antisemitismus und Holocaust im Schrifttum der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Bergmann, Werner et al., a. a. O., S. 138–167

Mann, Michael (2007):

Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung. Hamburg

Manoschek, Walter (1995):

„Aus der Asche dieses Krieges wieder auferstanden“. Skizzen zum Umgang der Österreichischen Volkspartei mit Nationalsozialismus und Antisemitismus nach 1945. In: Bergmann, Werner et al., a. a. O., S. 49–64

Marin, Bernd (1976):

„Antisemitismus ohne Antisemiten?“ Zum nachfaschistischen Antisemitismus in Österreich. In: Ders. ... a. a. O., S. 373–406

Ders. (1977):

Sozialer Friede und Aggression im Alltag – zur Zukunft autoritärer Vorurteile in Österreich. In: ebd., S. 767–809

Ders. (1978):

Antisemitismus unter Arbeitern? Einige Daten und Thesen zum „Klassencharakter“ des nachfaschistischen Antisemitismus in Österreich. In: ebd., S. 425–461

Ders. (1979):

Ein historisch neuartiger „Antisemitismus ohne Antisemiten“? In: ebd., S. 107–147

Ders. (1979a):

Nachwirkungen des Nazismus. Ein Reproduktionsmodell kollektiver Mentalität. In: ebd., S. 151–210

Ders. (1983):

„Die Juden“ in der Kronenzeitung. Textanalytisches Fragment zur Mythenproduktion 1974. In: ebd., S. 213–369

Ders. (2000):

Einführung. In: ebd., S. 11–30

Mitten, Richard (1995):

„Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ des Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich. In: Bergmann, Werner et al., a. a. O., S. 102–119

Ders. (2002):

Die Juden, die er meint ... Jörg Haider und die Rhetorik antijüdischer Vorurteile. In: Pelinka, Anton; Wodak, Ruth (Hg.): „Dreck am Stecken“: Politik der Ausgrenzung. Wien, S. 93–133

Mölzer, Andreas (2001):

Entideologisierung und Rechtspopulismus. In: Höbelt, Lothar (Hg.): Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ. München, S. 112–144

Moser, Jonny (1984):

Antisemitismus zwischen Doppeladler und Kruckenkreuz (1870–1930). In: Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.): Wien 1870–1930. Traum und Wirklichkeit. Wien, S. 64–70

Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter (2004):

Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten. Wien

Nonn, Christoph (2008):

Antisemitismus. Darmstadt

Pape, Christian (2012):

Antisemitenbund (Österreich). In: Benz ... a. a. O., S. 33 f.

Pauley, Bruce F. (1993):

Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien

Peham, Andreas (2008):

Parteimarxismus und Antisemitismus. Anmerkungen zu einem historischen Versagen. In: Baier, Walter; Trallori Lisbeth N. (Hg.): Otto Bauer und der Austromarxismus. Berlin, S. 95–112

Ders. (2010):

Die zwei Seiten des Gemeinschaftsdünkels. Zum antisemitischen Gehalt freiheitlicher Identitätspolitik im Wandel. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 39(04), S. 467–481

Ders. (2012):

Zum antisemitischen Gehalt einer Karikatur. Online: http://www.erinnern.at/bundeslaender/vorarlberg/bibliothek/dokumente/warum-ist-die-karikatur-auf-der-hc-strache-facebookseite-antisemitisch/erinnern%20strache%20anti-sem%20_2_.pdf

Ders. (2012a):

Feindbild und Welterklärung. Zur aktuellen Relevanz des Antisemitismus. In: DÖW ... a. a. O., S. 353–368

Ders. (2014):

„Durch Reinheit zur Einheit!“ Zur Kritik des deutschnationalen Korporationswesens in Österreich unter besonderer Berücksichtigung antisemitischer Traditionslinien und nationalsozialistischer Bezüge. Online: <https://www.doew.at/cms/>

[download/6or5r/peham_burschenschaften.pdf](#)

Pelinka, Anton (2002):

Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31(3), S. 281–290

Pfeifer, Karl (2002):

Österreichs Grüne unter Antisemitismusverdacht. Online: <http://www.judentum.net/europa/gruene.htm>

Ders. (2007):

Der unverschämte verschämte Antisemitismus. In: Lamprecht, Gerald (Hg.): Antizionismus, Antisemitismus und Israelkritik. Graz, S. 55–74

Poliakov, Léon (1988):

Geschichte des Antisemitismus Bd. 7: Zwischen Assimilation und „Jüdischer Weltverschwörung“. Frankfurt a. M.

Pollak, Alexander (2001):

Konturen des medialen Antisemitismus in Österreich. Online: http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/e_bibliothek/antisemitismus-1/204_KonturenmedialenAntisemitismusOsterreich.pdf

Postone, Moïse (1979):

Antisemitismus und Nationalsozialismus. In: Ders.: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen. Freiburg 2005, S. 165–194

Pulzer, Peter (2004):

Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914. Göttingen

Ders. (2013):

Wiener Kirchenzeitung (Österreich 1848–1874). In: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Bd. 6: Publikationen. Berlin/Boston, S. 775 f.

Reiter, Margit (1995):

Zwischen Antifaschismus und Patriotismus. Die Haltung der KPÖ zum Nationalsozialismus, Antisemitismus und Holocaust. In: Bergmann, Werner et al., a. a. O., S. 176–193

Dies. (2001):

Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah. Innsbruck u. a.

Rohling, August (1871):

Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Christen und Juden aller Stände. Münster 1872

Rohrbacher, Stefan; Schmidt, Michael (1991):

Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile. Reinbek b. Hamburg

Rosenberger, Sieglinde K.; Stöger, Christian (2002):

„... Eine freie Meinung äußern dürfen ...“ Zum Vor- und Umfeld Jörg Haiders „Aschermittwochrede“ 2001. In: Pelinka/Wodak ... a. a. O., S. 75–92

Rürup, Reinhard (1991):

Sozialdemokratie und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich. In: Brumlik, Micha; Kiesel, Doron; Reisch, Linda (Hg.): Der Antisemitismus und die Linke. Frankfurt a. M., S. 17–31

Ders. (2004):

Antisemitismus und moderne Gesellschaft. In: Braun, Christina von; Ziege, Eva-Maria (Hg.): „Das >bewegliche< Vorurteil“. Aspekte des internationalen Antisemitismus. Würzburg, S. 81–100

Rütgen, Herbert (1998):

Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik. Graz

Safrian, Hans (1993):

Die Eichmann-Männer. Wien/Zürich 1993

Schiedel, Heribert; Neugebauer, Wolfgang (2002):

Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus. In: Pelinka/Wodak ... a. a. O., S. 11–31

Ders. (2006):

„Heil Hitler!“ und „Hoch Stalin!“. In: Context XXI. Heft 4–5, S. 21–23

Ders. (2017):

Antisemitismus und völkische Ideologie. Ist die FPÖ eine rechtsextreme Partei? In: Grigat, Stephan (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden, S. 103–120

Spira, Leopold (1981):

Feindbild „Jud“. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich. Wien

Staudinger, Anton (1990):

Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik. In: Botz, Gerhard et al. (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. Wien, S. 247–270

Sterling, Eleonore (1969):

Judenhass. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815–1850). Frankfurt a. M.

Stögner, Karin (2016):

„We are the new Jews!“ and „The Jewish Lobby“ – antisemitism and the construction of a national identity by the Austrian Freedom Party. In: Nations and Nationalism, 22(3), 484–504

Stoppacher, Thomas (2017):

Zäsur Erster Weltkrieg? Die Radikalisierung des Antisemitismus in der österreichischen Politik (1917–1919). In: Szentiványi, Réka; Teleky, Bála (Hg.): Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen. Mitteleuropa im 20. Jahrhundert. Wien, S. 39–62

Strauss, Herbert A. (1985):

Juden und Judenfeindschaft in der frühen Neuzeit. In: Ders.; Kampe, Norbert (Hg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Frankfurt a. M./New York, S. 66–87

Stuhlpfarrer, Karl (1974):

Antisemitismus. Rassenpolitik und Judenverfolgung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg. In: Drabek, Anna et al., a. a. O., S. 141–164

Taschwer, Klaus (2015):

Hochburg der Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien

Ungar-Klein, Brigitte (1995):

„Du bleibst bei mir, jetzt und weiterhin“. Das Schicksal jüdischer „U-Boote“ und ihrer HelferInnen. In: Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.): Frauenleben 1945 – Kriegsende in Wien. Wien, S. 85–97

Volkov, Shulamit (1978):

Antisemitismus als kultureller Code. In: Dies.: Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays. München 2000, S. 13–36

Wallinger, Sabine (2014):

Kult um „Anderl von Rinn“: Totgesagte leben länger. Online: <http://derstandard.at/2000008593311/Kult-um-Anderl-von-Rinn-Totgesagte-leben-laenger>

Wandruszka, Adam (1954):

Das „nationale Lager“. In: Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich, Wien, S. 369–421

Weidinger, Bernhard (2012):

Deutsche Burschenschaften in Österreich. In: Benz ... a. a. O., S. 140–145

Weinzierl, Erika (1969):

Zu wenig Gerechte. Österreicher und die Judenverfolgung 1938–1945. Graz

Dies. (1995):

Stereotype christlicher Judenfeindschaft. In: Jüdisches Museum der Stadt Wien (Hg.): Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen. Wien, S. 130–144

Weiss, Hilde (1987):

Antisemitische Vorurteile in Österreich. Theoretische und empirische Analysen. Wien

Whiteside, Andrew G. (1981):

Georg Ritter von Schönerer. Graz u. a.

Widhalm-Kaindl, Barbara (1990):

Demokraten wider Willen? Autoritäre Tendenzen und Antisemitismus in der Zweiten Republik. Wien

Wiltschegg, Walter (1985):

Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien

Wistrich, Robert S. (2003):

Hitler und der Holocaust. Berlin

Wladika, Michael (2005):

Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. u. k. Monarchie. Wien u. a.

Wodak, Ruth et al. (1990):

„Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt a. M.

Zoitl, Helge (1992):

„Student kommt von Studieren!“ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien. Wien/Zürich

Zumbini, Massimo F. (2003):

Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus: Von der Bismarckzeit zu Hitler. Frankfurt a. M.

Zweig, Arnold (1927):

Caliban oder Politik und Leidenschaft. Versuch über die menschlichen Gruppenleidenschaften dargetan am Antisemitismus. Berlin 1993

Zweig, Stefan (1946):

Die Welt von gestern. Bekenntnisse eines Europäers. Stockholm



ANDREAS PEHAM

Andreas Peham, geb. 1967 in Linz, studierte zwischen 1990 und 2000 Politikwissenschaften an der Universität Wien. Seit 1996 arbeitet er im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW), Abteilung Rechtsextremismusforschung; daneben ist er in der LehrerInnenfortbildung und im Rahmen der Politischen Bildung an Schulen tätig (Extremismusprävention). Er kann (auch unter seinem Autorennamen Heribert Schiedel) zahlreiche Veröffentlichungen vorweisen (z. B. „Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft“, Wien 2007; „Extreme Rechte in Europa“, Wien 2011).